Groß-Berlin: Freitag, den 27. Januar, in allen Bezirken Mitgliederversammlungen!

eine hervorragende Stellung einnimmt. Industrielle Betriebe, Fabriken, gibt es nur wenige und die bestehenden, so z. B. in Täbris Fabriken zur Reinigung der Baumwolle, Seifensiedereien und eine Zündholzfabrik, in Ispahan eine Textilfabrik, in Wasanderan eine Zuckerraffinerie, in Teheran eine Gewehrfabrik, in Schirah Glas- und einige andere Fabriken rechnen nur zu den Kleinbetrieben. Eine besondere Stellung nimmt die englische Naphtakonzession, die sogenannte „Anglo-Persian Oil Co." in Südpersien ein, die 35 000 Arbeiter beschäftigt. In ganz Persien gibt es (ausschließlich der Naphtaarbeiter) kaum mehr als 100 000 Arbeiter. Mehr als die Hälfte dieser Arbeiter leben in Teheran und Täbris.

Die Lage der persischen Arbeiter erinnert an die Lage der europäischen Arbeiter in der ersten Epoche der kapitalistischen Akkumulation. Der Wettstreit der einheimischen Industrie mit den ausländischen Waren verstärkt noch die Ausbeutung. Der Arbeitstag dauert 14 bis 16 Stunden. Die Löhne sind sehr niedrig, viel niedriger als in Europa. Frauen- und Kinderarbeit ist stark verbreitet. In der Teppichfabrikation werden z. B. 7 Prozent Kinder beschäftigt, unter denen die Tuberkulose und häufig mit Erblindung endende Augenkrankheiten herrschen. In den Betrieben der „Anglo-Persian Oil Co." wird zwölf Stunden gearbeitet. Der Lohn beträgt zwei bis drei Kran (persische Silbermünze, 1 Kran = 40 Pfennig). Auch hier werden 12- bis 14jährige Kinder mit schwersten Arbeiten beschäftigt. Die Arbeiterorganisationen sind zum größten Teil zünftlerisch, sie vereinigen Arbeiter, Meister und kleine Gewerbetreibende; zahlenmäßig schwach und befinden sich infolge des politischen Druckes augenblicklich im Niedergang. Revolutionäre Organisationen, kleine Gruppen, existieren nur illegal. Jede aktive Regung wird brutal unterdrückt. Der neue Aufstieg der persischen Arbeiterbewegung, der kommen muß, wird abhängig sein von der Sammlung der revolutionären Kräfte, die auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehen. —

Steigender Alkoholkonsum in Rußland

Auch eine Seite des „sozialistischen" Aufbaues.

Dem „Abstinenten Arbeiter" entnehmen wir aus einem längerem Artikel:

Das Monatsheft des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion „Bolschewik" (Nr. 19-20, 1927) bringt einen Artikel, der an Hand statistischen Materials die Entwicklung des Alkoholismus in Rußland in den letzten Jahren untersucht. Vorausgeschickt sei, daß der Verfasser des Aufsatzes, Deutschmann, kein Oppositioneller der Richtung Trotzkis ist, sondern ein Anhänger der Politik des Zentralkomitees. Deutschmann führt aus:

„Unsere Partei schenkt dem Problem des Alkoholismus nicht die erforderliche Aufmerksamkeit. Der überwiegende Teil der Mitglieder unserer Partei besitzt nicht die notwendige Vorstellung von dem Alkoholismus als einer sozialen Gefahr. Wenn hier und da ein Genosse in den Parteiversammlungen die Alkoholfrage brührt, so reagieren die Hörer darauf meist mit einem gutmütigen Lächeln und der Bemerkung: „Wir sind keine Heiligen ...".

Die Entwicklung des Alkoholismus und seiner Folgen hat in unserer Republik in den letzten Jahren einen solchen Umfang angenommen, daß diese Frage eine ernste Behandlung erfordert. Der Alkoholverbrauch wächst mit jedem Jahre ganz enorm. So betrug der Schnapsverbrauch in den letzten Jahren in Millionen Wedro (1 Wedro = 16 Flaschen = 12,3 Liter):

1923-24	1924-25	1925-26	1926-27
0,8	4,1	20,5	31,5

Der Bierkonsum betrug in Millionen Wedro:

1922-23	1923-24	1924-25	1925-26	1926-27
8	17,2	20,6	31	32

Wenn der Moskauer Arbeiter beispielsweise im Jahre 1923 0,9 Proz. seines Gesamtbudgets für Alkohol verausgabte, so gab er im Jahre 1925 bereits 4,2 Proz. dafür aus. Im Donbezirk betrugen die Ausgaben für Schnaps im Jahre 1924 — 0,8 Proz., im Jahre 1926 — 3,1 Proz. des gesamten Arbeiterbudgets, in Charkow waren die entsprechenden Zahlen 0,9 Prozent und 2,4 Proz. Der Arbeiter gibt für Alkoholgetränke 5 bis 7 mal soviel aus als für Vergnügen. Die Arbeiter geben insgesamt für Schnaps und Bier doppelt soviel aus als der Staat für den neuen Wohnungsbau.

Die verheerende Wirkung des Alkohols auf die Gesundheit der Bevölkerung macht sich bereits stark bemerkbar. So betrug in der RSFSR. (den russischen Teil der Sowjetunion) die Zahl der durch den Alkoholgenuß geistig Erkrankten:

In den Jahren 1916 bis 1920: Einzelfälle; im Jahre 1923: 1319 — 2,4 Proz., im Jahre 1924: 1657 — 5,5 Proz., im Jahre 1925: 3592 — 7,2 Proz. der Gesamtzahl der Geisteskrankheiten in den Heilanstalten.

In Moskau war der Prozentsatz der infolge des Alkoholgenusses geistig Erkrankten im Verhältnis zur Zahl der sonstigen Geisteskranken in den Heilanstalten der folgende: Im Jahre 1923 4,6 Proz., 1924 6 Proz., 1925 9,9 Proz., 1926 25 Proz.

An Alkoholvergiftung starben:

	1923	1924	1925	1926
in Leningrad	18	32	85	167
in Moskau	16	23	86	144

Wirtschaft

Die Rationalisierung marschiert

Im preußischen Staats„sozialismus" an der Spitze.

Der Gesamtbetriebsrat der Staatszechen der Bergbau A.-G. Recklinghausen nahm kürzlich im Beisein von Vertretern sämtlicher Fraktionen des preußischen Landtages, der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften eine Resolution an, deren einer Teil größeren Arbeiterschichten bekanntgemacht zu werden verdient. Es heißt da z. B:

„Abermals erheben die Arbeitnehmer der Staatszechen des Bezirks Recklinghausen ernstlichen Einspruch gegen die in Gang befindlichen Erwägungen über die neuen Betriebszusammenlegungen im Staatsbergbau. Die Arbeitnehmerschaft hat trotz niedrigster Einkommensverhältnisse durch äußerste Anspannung eine Leistungssteigerung hervorgebracht, was sonst im Ruhrrevier kaum zu verzeichnen ist. In erbittertster Form hat die Verwaltung in den letzten Jahren einen Abbau bei den Arbeitern und Angestellten vollzogen, der nahezu 50 Proz. des ehemaligen gesamten Belegschaftsstandes erfaßt hat. Auch hier ist der Durchschnitt des Ruhrreviers weit überschritten worden. Die durchgeführten Rationalisierungsmaßnahmen stehen nur auf dem Rücken der Arbeiter und kleinen Angestellten ausgetragen worden."

Die Sache stimmt. Nur haben der sozialdemokratische Betriebsrat, sowohl wie die Vertreter der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie vergessen, den Arbeitern zu sagen, daß im Verwaltungsrat der preußischen Staatszechen gewerkschaftlich-sozialdemokratische Direktoren ausschlaggebend sind und daß in der preußischen Regierung, die diese Rationalisierung durchführt, die Sozialdemokratie ebenfalls maßgebend ist. Es sind also die Gewerkschafts- und Parteigenossen des Betriebsrats, die den Arbeitern der Staatsbergwerke die Schlinge um den Hals zuziehen. Der ganze Palawer ist deshalb wohl nichts weiter als ein Wahlbluff für die Sozialdemokratie und eine Fangschlinge für die Gewerkschaften.

•

Im Rheinland ist das Elend am größten.

Im Reichshaushaltausschuß des Reichstags wurde kürzlich über den Etat des besetzten Gebietes beraten. Dabei mußte die Sozialdemokratie notwendig aber wider Willen ihr „arbeiterfreundliches" Herz bloßlegen. So gab, nach dem „Vorwärts" (Nr. 31) Herr „Genosse Kirschmann ein anschauliches und ergreifendes Bild von den noch immer im Rheinland herrschenden überaus traurigen Zuständen. So sei u. a. die Erwerbslosigkeit im besetzten Gebiet 30 bis 50 Prozent größer als im übrigen Deutschland; die Sterblichkeitsziffer liege erheblich über dem Durchschnitt im Reiche. Besonders stark herrsche die Tuberkulose, und zwar bei der ländlichen Bevölkerung noch mehr als in den Städten. Die Verhältnisse seien um so aufreizender, als es weder eine moralische noch eine rechtliche Grundlage dafür gebe, daß noch ein fremder Soldat im Rheinland sei."

Nun entsinnen wir uns aber, daß es nicht die „fremden" Soldaten waren, die kürzlich bei dem Angriff der Staatskönige die Arbeiter wieder in das alte Joch stießen, sondern die Gewerkschaften sagten zu allem Ja und Amen. Die Gewerkschaften haben Tarife abgeschlossen mit dem 12- und 14-Stundentag, die Gewerkschaften würgten alle Streiks ab, die Gewerkschaften organisierten den Streikbruch, als die englischen Bergarbeiter streikten und die deutschen Ruhrarbeiter Mine machten, solidarisch zu sein.

„Petroleumfrieden"

Mit Bombengeschwadern und Giftgas.

New York, 19. Januar.

Nach hier aus Nikaragua vorliegenden sehr unklaren Meldungen soll General Sandino bei dem nordamerikanischen Luftangriff auf seine Stellungen bei Elchipota am Sonnabend angeblich mit 40 Anhängern gefallen oder schwer verwundet worden sein. Die Stellungen seien vollkommen geräumt und die Anhänger Sandinos in die Sümpfe an der Grenze von Honduras oder sogar hinter die Grenze nach Honduras geflüchtet sein. Bestätigung dieser Meldung ist abzuwarten. Die Union-Marinetruppen sollen in den nächsten Tagen das ganze Gelände absuchen. Senator Borah kündigt an, daß er eine Untersuchung des Nikaragua-Konflikts durch den Senat beantragen werde.

•

London, 19. Januar.

Eine britische Strafexpedition in Arabien mit Dutzenden Bombenflugzeugen gegen das Land Nedsch (Scheich Feisal) soll Einfällen in den Irakstaat vorbeugen.

•

Um die Jahreswende wurde die Welt überrascht mit Meldungen per Radio und Draht, daß zwischen Nordamerika und Mexiko, d. h. zwischen der Standard Oil Co. und zwischen dem nationalmexikanischen Petroleumkapital der Petroleumfrieden geschlossen sei. Rockefeller und Calles sind der Ueberzeugung geworden, daß der „Petroleumfrieden", d. h. die Vereinbarungen über Produktionseinschränkung und gemeinsame Kampffront gegen das Proletariat und die Verschlechterung seines Lebensstandards mehr Prozente abwirft als der Petroleumkrieg, der nicht beim Preiskampf geblieben, sondern in offenen Krieg und Revolution umgeschlagen war. Das Blutbad an mexikanischen Soldaten und Arbeitern und die Hinrichtung Dutzender Generale (darunter die Anführer Serrano und Gomez) und anderer Offiziere, ist noch in zu frischer Erinnerung, als daß man näher darauf einzugehen nötig hätte. Auch der „Kulturkampf", der Kirchenstreit (besser -krieg), der zwischen Calles und den mexikanischen Kleinbürgern und Arbeitern einerseits und dem spanischen Großgrundbesitz und der katholischen Kirche andererseits, der die Welt lange Zeit in Spannung hielt, drehte sich ausschließlich um Petroleuminteressen.

Wie dieser „Petroleumfrieden" nun gehandhabt wird, zeigen die beiden obigen Meldungen.

Die erste Meldung, der Krieg gegen den Rebellengeneral Sandino, betrifft zwar nicht Mexiko oder direktes Petroleumgelände, sondern Nikaragua, ein kleines mexikanisches Hinterländchen, eine selbständige Republik mit 400 000 Seelen auf 128 000 Quadratkilometer, und 4000 Mann stehendem Heere (im Kriege 40 000). Zwischen Nikaragua und USA. herrscht Urfehde. In Nikaragua besteht noch die einzige Möglichkeit, den amerikanischen Kontinent zu durchstechen und den Großen mit dem Atlantischen Ozean zu verbinden. Ein derartiger Nikaragua-Kanal würde den Panamakanal aber entwerten und den USA. eine große Einnahmequelle und die Kontrolle über ihre Konkurrenten und einen wertvollen militär-strategischen Stützpunkt entziehen. Das ist die Ursache, weshalb die USA. den Bau des Nikaraguakanal seit 40 Jahren hartnäckig verhindert haben.

In Nikaragua war nun Anfang Januar dieses Jahres eine Prügelei gewesen, wobei einige nordamerikanische Bürger eine Tracht abbekamen. Das nahm Nordamerika zum Anlaß, 150 (Einhundertundfünfzig) Soldaten nach Nikaragua zu senden. Dagegen rebellierten Nikaraguaner und sammelten sich um Sandino. Jetzt beginnt der „Petroleumfrieden". In Mexiko bekamen die von Nordamerika gekauften aufständischen Generale Serrano und Gomez Flugzeuge, Waffen und Munition. Seit sie von Calles gekauft sind und dieser sich der Standard Oil Co. unterwarf, bekommt die offizielle Calles-Regierung diese Waffen, um sich event. gegen ihre bisherigen bäuerischen und proletarischen Mitkämpfer gegen die Standard Oil Co. zu wehren, indem sie diese an ihre Versprechungen mahnen sollten. Diese Waffen nahm aber das nationalmexikanische Petroleumkapital und sandte sie hinüber nach Nikaragua an Sandino, (als Rache wegen des Petroleumfriedens) der sie wieder gegen die Nordamerikaner einsetzte. So ist die amerikanische Soldateska in Nikaragua von 150 auf 30 000 angewachsen. Den Stand des Krieges deutet die erste Meldung aus New York an.

•

Die zweite Meldung, die aus London, betrifft den Irak, die Wiege der germanischen Rasse, wo Petroleum in großer Menge ständig wurde. Der Streit um Mossul im sagenumwobenen Tigrisgebiet, ist ebenfalls noch bekannt. Der „Völkerbund" hatte nach langen Redeschlachten und diplomatischen Schacherein den Irak mit den Mossulpetroleumquellen der Türkei genommen, ein „selbständiges" Königreich daraus gemacht und es England, d. h. der Verwaltung der Royal Dutch Shell Co., dem Bankunternehmen der Standard Oil Co. unterstellt, die Land und Volk dort auspreßt wie eine Zitrone. Als Abwehr gegen die von ihrem Boden vertriebenen früheren Bewohner werden die Dutzende britischen Bombenflugzeuge eingesetzt, von der die obige Meldung aus London berichtet.

Im Irak putscht wieder die Standard Oil Co. Die Royal Dutch Shell Co. ist durch das billige Mossul-Oel infolge der billigen Arbeitskräfte ein gefährlicher Konkurrent der amerikanischen Standard Oil Co. geworden. Diese hat darauf mit Rußland Lieferverträge abgeschlossen (was den diplomatischen Bruch mit Rußland und England zur Folge hatte) und setzt russisches Oel in Vorderasien gegen Mossul-Oel ein. Der Konkurrenzkampf tobt gegenwärtig in heftigster Form. Die Royal Dutch Shell hat gegen die Standard Oil weiter keine Argumente als als moralische, nämlich, daß das russische Oel aus „gestohlenen" Quellen stamme. Daß das russische Oel am billigsten auf dem Weltmarkt konkurrieren kann, weil die russischen Arbeiter um ihren Arbeitsertrag bestohlen werden, das ist natürlich kein Argument für die englischen Petroleumhyänen, die die Bewohner ganzer Landstriche vertreiben.

Proletarisches Notizbuch

Arbeiterregierung in Norwegen? Die norwegische Arbeiterpartei hat, wie der „Vorwärts" meldet, beschlossen, **den ihr vom König angebotenen Auftrag zur Regierungsbildung anzunehmen.** Der Fraktionsvorsitzende der Arbeiterpartei, Madsen, ist ermächtigt worden, dem König mitzuteilen, daß die Grundlage für eine Arbeiterregierung vorliege.

Proletariertod. In der Nähe von Aalesund (Dänemark) ist der deutsche Schleppdampfer „Albatros" mit seiner gesamten Besatzung von 12 Mann untergegangen.

Hochofenexplosion. In Hörde ereignete sich in einem dem Phönix-Hörder Verein gehörigen Werk eine schwere Hochofenexplosion. Eine Mauer wurde eingedrückt und die Ofenbühne brach zum Teil ab. Vier Arbeiter erlitten dabei teilweise schwere Verletzungen, so daß sie dem Hüttenhospital zugeführt werden mußten.

Arbeitskämpfe in Schweden. Die Arbeiter in den lappländischen Eisenerzgruben sind in den Streik getreten. Die schwedischen Metallarbeiter haben beschlossen, sich den Grubenarbeitern anzuschließen und am 30. Januar den Sympathiestreik zu erklären, falls der Konflikt bis dahin noch nicht beendigt ist. — Die Proleten werden vom Hunger in Streiks gepeitscht, die Bonzen von staatsmännischer Weisheit in die Kabinette der Monarchien und Demokratien.

Kündigung des Arbeitszeit- und Lohntarifs im Ruhrbergbau. Essen, 24. Januar. In einer heute hier abgehaltenen gemeinsamen Sitzung der Vertreter der vier Bergarbeiterverbände wurde beschlossen, das Arbeitszeitabkommen und die Lohnordnung für den Ruhrbergbau zum 30. April 1928 zu kündigen.

Stalins praktische Arbeit. WTW. Warschau, 24. Januar. Im Zusammenhang mit den von der Sowjetregierung an Polen gerichteten Vorschlägen auf Abschluß eines polnisch-russischen Handelsvertrages reisen morgen der Direktor des Außenhandelsdepartements im polnischen Handelsministerium, Sokolowski, und der Leiter der Ostabteilung im Außenministerium, Holowko, nach Moskau ab. — Die Opposition reist nach Sibirien, und die Kapitalisten aller Länder beraten mit Stalin über den „sozialistischen Aufbau".

Aus den Wirtschaftsbezirken

Chemnitz

Die KPD., Rote Hilfe und RFB. riefen die Arbeiter von Chemnitz am 6. 1. 28 in Neu-Gablenz zu einer öffentlichen Versammlung zusammen. Es ist bezeichnend, daß man sich für Groß-Chemnitz mit einem kleinen Saal, der 800 Personen faßt, begnügte. Schon vor Beginn setzte die Propaganda von unseren Genossen ein, indem sie die „KAZ." verteilten. Schon hier wurden die fanatischen KPD.-Leute unruhig. Mit der Aufforderung: Geht zur SPD.!, und der Drohung: Wir knüppeln euch nieder, wenn ihr sprecht!, empfingen sie uns. Als der Vertreter der KPD. und Roten Hilfe gesprochen hatte, erhielt ein Chinese das Wort. Da er nicht deutsch sprechen konnte, sprach er französisch, welches ein KP.-Lehrer übersetzte. Er schilderte, wie grauenhaft der weiße Terror in China wütete. Seine ganze Rede war hauptsächlich gegen ihren früheren Freund Tschiankeitschek gerichtet, der leider abgefallen wäre und jetzt ein Verräter sei. In der Diskussion sprach ein Genosse der KAPD. über die verbrecherische Rolle Rußlands anprangerte, und darauf hinwies, daß die Arbeiter nicht die Kastanien für eine andere Klasse aus dem Feuer holen dürfen, sondern international als Klasse gegen den Kapitalismus kämpfen müssen. Natürlich wurde die übliche Resolution angenommen. Denn selbständiges Denken und die daraus entspringende Einsicht in die wahren Zusammenhänge der Dinge ist bei den Arbeitern, die noch im Banne Moskaus stehen, bis zu einem gewissen Grade ausgerottet, so daß sie handgreiflichsten Dummheiten zujubeln. Aber die Zwangsläufigkeit des Leninismus wird letzten Endes auch den noch verblendeten Proletariern die Augen öffnen.

•

Revolution und Konterrevolution in Rußland

lautet das Thema zu der am
Donnerstag, den 26. Januar
stattfindenden

Oeffentlichen Massenversammlung

Berlin, Sophiensäle, Sophienstraße

Proletarier, erscheint in Massen!
Es geht um die Revolution!

Organisatorische Mitteilungen

Zur Beachtung!

Trotz mehrmaliger Mahnung sind viele Einzel- wie Mehrbezieher mit ihren Bezugsgeldern weit im Rückstand. Gleichfalls haben viele Genossen, die im vorigen Jahre Postbezieher wurden, ihre Nummern, die sie vordem bezogen, noch nicht restlos bezahlt. Diese ausstehende Beträge gehen in die Hunderte von Mark und das ist für die „KAZ." eine ungeheure Belastung. Wir appellieren nochmals an alle Genossen, ihre ausstehenden Gelder schnellstens abzuführen, da sonst die Belieferung mit der „KAZ." eingestellt werden muß.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sula, Neukölln. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Willy Iszdonat, Berlin O 17.

9. Jahrg. Nr. 8

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 29. Januar 1928

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,30 Mark, zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Die Niedergerittenen

Der mitteldeutsche Streik ist abermals ein Schulbeispiel dafür, daß die Gewerkschaften ihre historische Befähigung als proletarische Klassenkampforganisation endgültig verloren haben. Oberflächlich gesehen scheint dies allerdings nicht der Fall zu sein, denn die Gewerkschaft der Metallarbeiter führt ja den mitteldeutschen Großkampf. Aber dieser Widerspruch, wie er beispielsweise zwischen der offen wirtschaftsfriedlichen Haltung der Gewerkschaften im westdeutschen Stahlkonflikt und ihrer jetzigen Streiksanktion in Mitteldeutschland besteht, ist nur rein taktischer und nicht prinzipieller Naur. Die Führerrolle, die der DMV. im mitteldeutschen Streik spielt, steht durchaus nicht im Gegensatz zum arbeiterverräterischen System der Gewerkschaftspolitik, sondern ist nur die blanke zur Blendung der Proletariermassen bestimmte Kehrseite der reformistischen Medaille, welche die Inschrift trägt: „Durch kapitalistische Rationalisierung und sozialfaschistische Schlichtungspraxis zum Sozialismus."

Die realen Gründe, warum die Gewerkschaftsinstanzen sich so willig „an die Spitze" der mitteldeutschen Streikbewegung gestellt haben, liegen klar auf der Hand. Erstens bedeutet die Erteilung der Streiksanktion in diesem Falle für die Gewerkschaften absolut kein Risiko, keine Einbuße ihres staatsbürgerlichen Renommées. Denn der DMV. hatte ja Handlungsfreiheit insofern, da er infolge des augenblicklichen tariflosen Zustandes in der mitteldeutschen Metallindustrie nicht gesetzlich zur Schiedsspruchtreue verpflichtet ist. Angesichts dieser Sachlage war die DMV.-Bürokratie klug genug, dem Willen der rebellisch gewordenen Metallarbeiter ohne langes Sträuben zu „gehorchen". Das war schon notwendig, um für die proletarische Mißstimmung wieder mal ein Abzugsventil zu öffnen und gleichzeitig der KPD., die in Mitteldeutschland verschiedene DMV.-Ortsgruppen „erobert" hat, den Wind aus den Segeln zu nehmen. Es kann natürlich kein Zweifel darüber bestehen, daß der DMV. den mitteldeutschen Streik sofort erdrosseln wird, wenn ein neuer Schiedsspruch zum Zwangstarif erklärt wird, wenn als staatlich anerkannte Tarifkontrahenten dürfen die Gewerkschaften nur sanfte Streiks führen, wie es die Exekutivorgane der kapitalistischen Schlichtungsdiktatur gestatten.

Zweitens hat die SPD.-Bürokratie den mitteldeutschen Streik als höchst willkommene Gelegenheit benutzt, um mit den von ihr beherrschten Gewerkschaften einen taktischen Schachzug zu machen. Die sogenannte „öffentliche Meinung", deren Urteil über gewerkschaftliche Streiks für den „Vorwärts" meistens maßgebend ist, hat diesmal überhaupt keine Berücksichtigung gefunden. Und zwar deshalb nicht, weil die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbesitzer selbst daran interessiert sind, der Rechtsblockregierung auch einige wirtschaftliche Nadelstiche zu versetzen. Es sind nämlich nur wahltaktische Gründe, welche die SPD.-Bonzen an die Seite der rebellierenden Metallarbeiter Mitteldeutschlands getrieben haben. Mit Hilfe der „keine Parteipolitik treibenden" Gewerkschaften wollen die sozialdemokratischen Parlamentarier zum Zwecke eines größeren Stimmenfangs die Erbschaft verschlechtern, welche die gegenwärtige Reichsregierung und ihr überlebter Reichstag in den kommenden Wahlten hinterläßt. Außerdem haben die SPD.-Führer auch ein starkes Interesse daran, daß die im Frühjahr notwendig werdenden Tarifneuregelungen möglichst vor der Reichstagswahl und mit kleinen Verbesserungen langfristig getroffen werden, damit im Falle einer sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung recht wenig größe Arbeitskonflikte entstehen. Es ist ja bekanntlich nicht das erste Mal, daß die SPD.-Bonzen — die in der Regel Zeter und Mordio über die politische Ausnutzung wirtschaftlicher Kämpfe schreien — mit streikenden Gewerkschaftsproleten ein gerissenes Wahlmanöver durchführen.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbesitzer können die mitteldeutschen Metallarbeiter aber nur deswegen so blind für ihre wirtschaftsdemokratischen Illusionen und parlamentarischen Koalitionsinteressen ins Feuer schicken, weil ihnen die KPD. die dazu nötigen Hilfsdienste leistet. Denn in einer Situation, wo die gewerkschaftliche Streikleitung (mit Unterstützung einiger KPD.-Funktionäre!) eine schamlose Kommunistenhetze treibt, fordert die KPD.-Presse ausgerechnet zur hundertprozentigen Organisierungder Metallarbeiter im DMV. auf. Die KPD. stellt jeden Tag fest, daß die gewerkschaftliche Streikpolitik auch in Mitteldeutschland nur zu einem schmählichen Zusammenbruch der Bewegung führen muß, — aber die Leninistenführer sind außerstande, der reformistischen Niederlagenstrategie eine Taktik des revolutionären Klassenkampfes entgegen zu setzen. Statt dessen stellen die KPD.-Strategen in den Gemeindeparlamenten Anträge auf Unterstützungsgewährung für die Streikenden — und die schlauen Leninistenführer merken noch nicht einmal, daß sie mit diesem „Radikalismus" nur Argumente für die SPD.-Bonzen liefern, die mit der Ablehnung solcher illusionärer Forderungen an den bürgerlichen Staat sich noch „revolutionär" aufspielen kann. Trotz ihres Gebrülls gegen die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie ist die KPD. für die reformistische Zermürbungstaktik voll mit verantwortlich, denn sie treibt die Proletarier in den Drahtverhau der gewerkschaftlichen Kadaverdisziplin und zieht wegen einer konterrevolutionären Einheitsfront selbst dann noch nicht den Trennungsstrich, wenn ihre eigenen Arbeiter von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsmente wie Freiwild gehetzt werden.

Was sich im mitteldeutschen Metallarbeiterstreik abspielt, ist nur der auf dem Rücken streikender Proletarier ausgefochtene Kampf sozialdemokratischer und leninistischer Politikanten um Interessen, die nichts mit dem Wesen des revolutionären Klassenkampfes gemein haben. Es sind die vom modernen Kapitalismus niedergerittenen parlamentarischen Schacherer und Gewerkschaftsbeamten, die die Rebellion ausgemergelter Proleten zu einem Konkurrenzkampf um die gewerkschaftliche Beherrschung der Arbeiterklasse benutzen. Im ureigensten Interesse der Ausgebeuteten aber liegt es, daß sie mit dem sozialdemokratisch - gewerkschaftlichen Bonzenpack und seinen leninistischen Troßknechten endlich kurzen Prozeß machen. Was heute unerbittlich auf der Tagesordnung steht, ist: die Zertrümmerung der gewerkschaftlichen Kapitalsbollwerke, der radikale Bruch mit der die Arbeiterklasse spaltenden reformistischen Branchenpolitik, die Einigung der proletarischen Massen in der Klassenfront der revolutionären Betriebsorganisationen, die Organisierung von Massenaktionen gegen das verruchte System des Kapitalismus. Denn jeder Gewerkschaftskampf beweist aufs neue, daß die Proletarier nur aus der reformistischen Verteidigung zum revolutionären Angriff gegen die Kapitalistenklasse übergehen können, wenn sie die klassenkriegstechnisch veraltete Gewerkschaftsflinte auf den Müllplatz der Geschichte schleudern und zur modernen Waffe des organisierten Massenkampfes greifen. Durch die reformistische Taktik in die Ketten der kapitalistischen Schlichtungsdiktatur gelegt, müssen die Proletariermassen gemeinsam mit ihren Klassengenossen der KAP. und AAU. ans Werk ihrer revolutionären Selbstbefreiung gehen — oder sie werden selbst von den gewerkschaftlichen Schlichtungskosaken der Kapitalistenklasse erbarmungslos niedergeritten!

Rationalisierung im Großen

Die Zechen Deimelsberg und Charlotte, die zum Adlerkonzern gehören, ein Gevlert von 3 300 000 Quadratmeter umfassen und 1 500 Mann beschäftigen, sollen stillgelegt werden. Die Leistungssteigerung auf anderen Zechen macht diese Belegschaften überflüssig. Das ist erst der Anfang, die Rationalisierung marschiert und wird von Sozialdemokratie und Gewerkschaften gefördert. Die Arbeiter werden ihre Gewerkschaftspolitik schon bald am eigenen Leibe spüren.

Reichsrat und Einheitsstaat

Kurz nach der Länderkonferenz hat der Reichsfinanzminister Dr. Köhler den Haushaltsetat für das Jahr 1928 dem Reichstag vorgelegt. Ein besonderes Kapitel bildete in den Begleitrede die Vereinheitlichung der Verwaltung und die Notwendigkeit von durchgreifenden Sparreformen. Er betonte dabei, daß das Reich selbst in dieser Beziehung vorangegangen sei und gegenüber 1927 eine Herabsetzung der Verwaltungsausgaben um 6 Prozent durchgeführt habe. In seinen Ausführungen wich er aber bewußt einer Stellungnahme zu den Ergebnissen der Länderkonferenz aus. Er hatte keine Veranlassung, den vollkommen negativen Erfolg dieser Konferenz „gegen" die Auflösung der Länder noch besonders zu unterstreichen. Wenn es dem Großkapital wirklich an einem deutschen Einheitsstaat liegen würde, so wäre es das ungeeignetste Mittel, die Entscheidung hierüber durch die Länderbürokratie herbeizuführen. Es ist doch eine sehr erhebliche Zumutung an die „staatsmännische" Einsicht dieser Kaste, daß sie den Ast, auf dem sie sitzt, selber absägen soll. Gerade die Gegner der Vereinheitlichung betonten, daß es sich hier nicht um eine finanz- und wirtschaftspolitische Angelegenheit, sondern im wesentlichen um ein Problem der allgemeinen Politik — so Bazille — handele. Die Rationalisierungsnotwendigkeiten zur Stärkung der Kapitalsakkumulation halten sie nicht für so wesentlich und entscheidend, daß sie ihre geeinte Macht gegenüber dem finanziell und wirtschaftlich führenden Preußen aufgeben sollten. Eine Vereinheitlichung würde bedeuten, daß der Reichsrat, der die stärkste Stütze des Uebergewichts der Länder gegenüber Preußen bedeutet, überflüssig würde. Dagegen sind die Gegner des Einheitsstaates darüber einig, daß Preußen unter Reichsaufsicht gestellt werden soll. Die früher im wilhelminischen Deutschland bekannte Personalunion zwischen Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten wird auf einmal von den Führern des deutschen Partikularismus gutgeheißen, weil sie in der gegenwärtigen Situation den umgekehrten Erfolg, die Schwächung des Einflusses des „radikalen" Preußens, verspricht. Die bismarcksche Verfassung, deren Zweck die Sicherung des Uebergewichts Preußens war und die reaktionäre Machtstellung des preußischen Junkertums gegenüber dem fortschrittlicheren Süden verewigen sollte, war der Ausdruck der Herrschaft des landwirtschaftlichen Kapitals und der mit ihr verbundenen Militärkaste.

Sie ist im Zeitalter der industriellen Rationalisierung längst überholt und gegenstandslos geworden. Gerade die Tatsache, daß der Zusammenschluß zwischen Reich und Preußen jetzt eine Forderung der deutschnationalen Vorkämpfer für den „Einheitsstaat" geworden ist, beweist, daß die von der Bürgerblockregierung propagierte Rationalisierung nur die Auflösung der preußischen Eigenstaatlichkeit bezweckt.

Die Sozialdemokratie unter Führung des preußischen Ministerpräsidenten Braun schlägt in dieselbe Kerbe. Sie will ebenfalls ein deutsches Reich mit preußischer Spitze, aber so, daß Preußen im Reich führend ist und nicht das Reich in Preußen. Sie will die preußische Koalitionspolitik zur führenden Reichspolitik machen. Sie rechnet dabei ganz mechanisch, daß von den 63 Millionen deutschen Reichsangehörigen 38 Millionen auf Preußen entfallen und daß finanziell die Einnahmen aus Preußen noch über das Einwohnerverhältnis hinaus den Reichshaushalt tragen. Sie betont dabei immer wieder, daß der größte Teil der 17 außerpreußischen Staaten nur auf Grund der Zuschüsse des Reiches, d. h. Preußens, sich erhalte.

Aus dieser Gegenüberstellung sieht man ganz klar die Machtkämpfe, welche der Parole des Einheitsstaates zugrunde liegen. Das Großkapital will den Einheitsstaat als Machtmittel gegen den Einfluß des in der Sozialdemokratie vereinigten „reformistischen" Kleinbürgertums und ihres Anhanges benutzen. Die preußische Republikanisierung soll von reichswegen wieder aufgehoben werden. Gleichzeitig würde dies auch eine starke Einflußmöglichkeit auf die Politik der Gemeinden mit sich bringen. Der Abbau der Selbstverwaltung könnte dann ohne großes äußeres Aufheben erfolgen. Die Kontrolle, die die Reichsregierung durch die Beratungsstelle über Auslandsanleihen schon jetzt ausübt, würde sich weit wirksamer gestalten. Der erste Schritt dazu bedeutet, die jetzt geplante Aufnahme einer großen Auslandsanleihe von 4 Milliarden durch das Reich. Diese Anleihe soll an Stelle der Länder- und Kommunenanleihe treten, die Verteilung an diese Körperschaften erfolgt dann durch die Reichsregierung, die damit auch eine Aufsicht über die Verwendungszwecke erhält.

Der Versuch der Sozialdemokratie, Preußen als das Reich zu etablieren, ist kläglich zusammengebrochen. Das Kleinbürgertum hat nicht die geringsten Machtmittel, um dem Großkapital seinen Willen aufzuzwingen. Der Stimmzettel als Machtfaktor ist das tägliche Gebet, mit dem man legal kämpft. Der liebe Gott, der ein gewaltiger kapitalistischer Herrzott ist, ist bekanntlich immer mit den stärksten Bataillonen und hat nicht das geringste Verständnis für den braven, mit sozialen Idealen angefüllten Bürger. Deshalb dürfte er auch das Gebet der gläubigen Sozialisten nicht erfüllen. Die deutsche Einheitsrepublik, für die jetzt die Sozialdemokratie kämpft, hätte sie im November 1918 ohne weiteres verwirklichen können. Es hat sich aber hier wieder gezeigt, daß die Sozialdemokraten nicht nur Sozialpatrioten, sondern auch Lokalpatrioten sind. Erst zehn Jahre deutscher Republik und der damit verbundene Verlust der Machtposition in den Einzelstaaten haben sie zur Einheitsrepublik bekehrt. Solange die Sozialdemokratie Machtpositionen in den Einzelstaaten hatte, war ihr die Einheitsrepublik eine Frage zweiten Ranges, da ja ihre Funktionäre Posten und Pöstchen innehatten und sie dadurch hoffte, ihren Einfluß auf den gesamten Verwaltungsapparat auszudehnen. Für sie ist die Einheitsrepublik keine Frage des Machtkampfes zwischen Arbeiterschaft und Kapital, sondern nur ein Kampf um die Beherrschung des Verwaltungsapparates, geschweige denn, daß sie mit den Mitteln des Klassenkampfes ihr Ziel durchzusetzen gedenkt.

Die KPD. ist mit für den Einheitsstaat. Sie will auch die Einheitsrepublik. Allerdings verlangt sie von dieser Republik, daß sie das schmückende Beiwort „sozialistisch" trägt. Das Proletariat soll im Wege des Klassenkampfes die bürgerliche Republik in eine sozialistische verwandeln. Die einheitliche Republik der proletarischen Herrschaft ist das neueste Schlagwort der sonst für die „Union der Sowjet-Republik" so freudig kämpfenden „Roten Fahne". Die KPD. schwärmt sogar von einer Räterepublik. Sie vergißt dabei aber ganz und gar den Zusatz nach russischem Muster. Anscheinend ist ihr diese russische „Räterepublik" für diesen Fall nicht musterhaft genug. Jedenfalls schweigt sie sich über den russischen Föderalismus wohlweislich aus.

Vorläufig ist der Plan des Großkapitals, die preußische Verwaltung zu übernehmen, nicht sofort praktisch zu verwirklichen. Deshalb muß der Einfluß des Großkapitals den schon vorhin angedeuteten Weg der Zusammenfassung des deutschen Kredits in der Hand des Reiches sozusagen auf kaltem Wege erzwungen werden. Der Inlandskredit wird durch die Reichsbank in die „richtigen" Bahnen geleitet. Der Auslandskredit, auf dem sich die Selbständigkeit der Länder und Kommunen bäumte, ist durch die neue Taktik des Großkapitals jetzt auch zu seinen Gunsten monopolisiert worden. Anstatt der offenen Sperre, wie sie zurzeit von dem Bankkapital von Schacht und dann von der Großindustrie in der letzten Gedenkschrift verlangt wurde, hat man den Weg der Verteilung des Auslandskredites durch die Reichsregierung gewählt. Es wird jetzt ein Schachern um die Zuteilung der Kredite anheben. Das Großkapital führt seinen Einheitsstaat schon durch. Es hat es auch in der Hand, durch die Regelung der Ueberweisungen aus den Reichseinnahmen an die einzelnen Länder, die Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen zu erzwingen. Inzwischen führt es über das Reichsarbeitsministerium einen scharfen Kampf gegen das sozialreformerische Kleinbürgertum. Die Unterstützungen, welche an die Erwerbslosen gezahlt wurden, wurden bisher größtenteils vom Reich getragen. Durch die Neueinführung der Erwerbslosenversicherung und durch die „Verbesserung" der Erwerbslosenfürsorge wird jetzt eingespart. Die Ausgaben des Arbeitsministeriums staffeln sich seit 1924 wie folgt:

1924	207 283 055 Mk.
1925	501 938 441 Mk.
1926	887 430 160 Mk.
1927	1 027 415 562 Mk.
Geplant für 1928	624 503 200 Mk.

Daraus ergibt sich, daß im Jahre 1928 nicht weniger als 400 Millionen Mark weniger für „soziale" Zwecke ausgegeben werden sollen. Die Arbeitslosenversicherung, die durch Steuern aus dem Proletariat herausgepreßt wird, verringert die Ausgaben allein um 455 Millionen. Für Unterstützungszwecke sind im Jahre 1928 nur 125 Millionen gegen 580 Millionen 1927 angesetzt. Dafür erhöhen sich die Verwaltungskosten um 8½ Millionen. Charakteristisch ist, daß die Kosten für Sozialbehörden 70 Millionen betragen. Diese Summe entspricht einem Drittel des Reichszuschusses für die Invalidenversicherung. Diese „produktiven" Ausgaben zeigen am besten, zu wessen Gunsten die produktive „Fürsorge" erfolgt.

Die Sparsamkeitsmaßnahmen werden vom Bürgerblock systematisch gegen jede Sozialreform eingesetzt. Schon jetzt entzieht das Großkapital den mit dem Kleinbürgertum versippten Ländern ganz bewußt die Möglichkeit, durch reformistische Betrug die Illusion der besseren Republik zu verbreiten. Das Gekreisch der in die Ecke gedrückten Sozialdemokratie wird niemanden darüber täuschen, daß die „demokratische" Republik schon eine längst überwundene Tatsache ist. Selbst der eingefleischteste Sozialdemokrat muß dies an den Erfolgen dieser Republik am eigenen Körper merken. Der Ruck nach links, der Aufschrei nach den sich immer mehr entfernenden Fleischtöpfen kam bisher der Sozialdemokratie zugute, weil noch große Teile der Arbeiterschaft an die Versprechungen und die Erfolge der Gewerkschaften geglaubt haben. Die Arbeiterschaft muß aus den praktischen Erfahrungen lernen, daß eine Verbesserung der Lebenshaltung nicht mehr durch reformistisches Kuhhandeln erreicht werden kann, sondern daß sie den Weg der Revolution gehen muß. Ein Ausweichen ist nicht möglich, die harten Tatsachen zwingen ihr den Kampf auf.

Politische Rundschau

Die „Verantwortungslosen"

Und die Verantwortlichen.

„Ueberschlägt man einmal", jammert der „Vorwärts" vom 6. Januar, in der Abendausgabe, „was die Regierung in den letzten Tagen an Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen zugestanden hat, so kommt man zu folgender Neubelastung: 30 Millionen für die Errichtung der Gesellschaft zur Fleischversorgung, etwa 15 bis 20 Millionen für die Erleichterung der Einkommen- und Umsatzsteuer der Landwirtschaft, 25 bis 50 Millionen für die Erleichterung der Vermögenssteuer der Landwirtschaft. Zu diesem Betrag von 100 bis 130 Millionen Mark treten noch die Summen, die aus weiteren Zugeständnissen der Regierung an die Liquidationsgeschädigten und die Kleinrentner erforderlich ist. Und das alles geht im stillen Kämmerlein vor sich, machen die Regierungsparteien unter sich aus. Sie stellen den Reichstag vor vollendete Tatsachen und fragen den Teufel danach, wie diese Summen gedeckt werden sollen. Und das Ganze nennt man Verantwortungsvolle Finanzpolitik des Reichsblocks."

Welch rührende Sorge über die Verantwortungslosigkeit der kapitalistischen Regierung und ihres Etats, für den die kommende „Linksregierung" die Verantwortung übernehmen muß, weil die Verantwortlichkeit der Sozialdemokratie gegenüber dem Kapitalismus, ebenso solide ist, daß auch ihrer eigenen Logik nur Sozialdemokraten die richtigen Sachwalter der kapitalistischen Herrschaft sind. In ihrer Verantwortlichkeit werden sie dann die Herren Abgeordneten auch immer hübsch befragen. So lange demonstrieren sie dem Proletariat, daß sie nur als Maulaufreißer im Parlament sitzen, und der Parlamentarismus nur die Kulisse ist, hinter der beschlossen wird, was „notwendig" ist. Nur das Proletariat scheint trotz solcher ungewollten Entlarvungen des Parlamentarismus sein Bedürfnis nach parlamentarischen Göttern nicht überwinden zu können.

Die Schraube ohne Ende

Der ADGB. über seine „Erfolge".

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat unter dem 18. Januar folgendes Schreiben an den Reichswirtschaftsminister gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Minister! Wir fühlen uns verpflichtet, Ihnen unsere schweren Bedenken und unseren Protest gegen die von der Industrie beschlossene Erhöhung der Preise für wichtige Eisenprodukte zum Ausdruck zu bringen. Die eisenerzeugende Industrie hat an der guten Wirtschaftskonjunktur in reichem Maß teilgenommen. Sie konnte weitgehend zur Ausfuhr zu den niedrigen Weltmarktpreisen verzichten, weil die Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarktes den Absatz ihrer Erzeugnisse zu den höheren deutschen Preisen sicherte. Ihr Erlös hat sich im Durchschnitt um 20 v. H. je Tonne ihrer Erzeugnisse gesteigert.

Als im Sommer 1926 die Rohstahl-Gemeinschaft abgeschlossen wurde, versuchte die Industrie die Oeffentlichkeit durch das Versprechen zu beruhigen, für einen Ausgleich zwischen Weltmarktpreis und Inlandspreis sorgen zu wollen. Das Gegenteil ist eingetreten.

Schon jetzt liegen die Inlandspreise etwa um 30 v. H. über den Weltmarktpreisen, erheben sich also über die durch Schutzzoll und Frachtkosten gegebene Grenze.

Der neue Aufschlag bedeutet eine weitere Verteuerung von rund 5 v. H. Diese außergewöhnliche Spanne zwischen Inlandspreis und Weltmarktpreis war nur durch schärfste Kartelle der Industrie und des Eisenhandels möglich. Der freie Handel, der durch Einfuhr ausländischen Materials eine Korrektur der emporgetriebenen Preise hätte bringen können, wird durch Sperre und Ausschließlichkeitsklausel unmöglich gemacht. Das Kartellsystem hat hier zu schwerer Schädigung der Volkswirtschaft geführt. Schon jetzt ist die weiterverarbeitende Eisenindustrie gegenüber der Konkurrenz des Auslandes durch die Spanne zwischen Inland- und Weltmarktpreis ihres Rohstoffes vorbelastet. Erneute diese Vorbelastung in ihren Folgewirkungen schon seither einen Druck auf die Löhne und Gehälter, so wird die jetzige Erhöhung diesen Druck noch verstärken.

Die Preiserhöhung ist über ihre wirtschaftlichen Tendenzen hinaus ein wohlberechneter Schlag gegen die gewerkschaftlichen Bestrebungen nach Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie gegen die Entwicklung der Sozialpolitik überhaupt.

Sie soll eine taktische Geste an die Regierung und Oeffentlichkeit sein, als seien mit der Bessergestaltung der Lebensbedingungen der Arbeitnehmer notwendigerweise Preiserhöhungen verbunden. **Als der Schiedsspruch in der Schwerteisenindustrie gefällt wurde, rechnete man zweifellos auf keiner Seite mit einer Preiserhöhung.** Denn sonst hätte der Reichsarbeitsminister in der Zuerst von seiner Verordnung den Wünschen der Industrie nicht so weit entgegenkommen können. (Welche Harmlosigkeit!) Auch der Schlichter hätte sonst die Verbindlichkeitserklärung für eine so lange Zeitspanne höchstwahrscheinlich nie ausgesprochen. Die Preiserhöhung geht über die durch Verordnung und Schiedsspruch herbeigeführte materielle Belastungen weit hinaus. Dadurch ermöglicht es die Industrie in volkswirtschaftlich nicht zu rechtfertigender Weise unrationalisierten oder lückenhaften Unternehmen, ihre Betriebe weiterhin aufrechtzuerhalten. (Welch rührende Sorge für beschleunigte Rationalisierung!)

Alle diese Gründe sollten Sie, Herr Reichswirtschaftsminister, veranlassen, zum Schutze der deutschen Wirtschaft und zur Verteidigung der deutschen Sozialpolitik der Eisenpreiserhöhung mit allen Mitteln entgegenzutreten. In erster Linie dürfte sich die Anwendung der Kartellverordnung empfehlen, die Sie, Herr Minister, zum Schutze der deutschen Wirtschaft in die Hand gegeben worden ist. Darüber hinaus muß u. E. jetzt

die sofortige Aufhebung oder eine erhebliche Senkung der Eisenzölle

herbeigeführt werden. Endlich zwingt die Tatsache, daß die Eisenindustrie ihre Monopolstellung auf dem Inlandmarkt zum Schaden der Gesamtwirtschaft ausnutzt, dazu **nunmehr die schon einmal versuchte gemeinwirtschaftliche Regelung dieser Industrie ernsthaft in Angriff zu nehmen.**"

Ist es nicht jammerschade, daß soviel Weisheit unnütz vertan wird?

Stellen wir also kurz fest: Auf eine Lohnerhöhung folgte eine Preiserhöhung, die diese Lohnerhöhung zu einem netten Geschäft für die Eisenkapitalisten macht. In ganz kurzer Zeit sind die Pfennige, die der Schiedsspruch den Kumpels brachte, in der steigenden Teuerung verschwunden, während sie selbst durch einen langen Schiedsspruch gefesselt sind! Das sollten der Reichswirtschaftsminister (selbst einer von diesen Burschen) nur gewußt haben, dann hätte er gewiß nicht! —

Gibt es noch dümmere Demagogie? - Höchstens noch die, von dem kapitalistischen Reichsarbeitsminister die „gemeinwirtschaftliche Restuhm", das heißt die „Sozialisierung" verlangen. Ueber solche Lächerlichkeiten kann da „sehr geehrter Herr Minister" höchstenfalls lachen. Ob dieses Lachen der kapitalistischen Blutsauger auch das Proletariat trifft, wird davon abhängen, wie lange es noch einer „Politik" folgt, deren Träger schon gar kein Gefühl mehr für Lächerlichkeit haben.

Die Schlichtungspeitsche

Amtliche Ausführungsbestimmungen für ihre Handhabung.

Die „Gewerkschaft", das offizielle Mitteilungsblatt des ADGB., Ortsausschuß Groß-Hamburg, veröffentlichte anläßlich eines Streiks der Bühnenarbeiter einige Rundschreiben des Reichsarbeitsministers, von denen wir folgendes wiedergeben:

„Bescheid des Reichsarbeitsministers vom 3. März 1924.

Die Schlichtungsordnung geht ebenso wie das bisherige Recht von dem Grundsatz aus, daß es Sache der Beteiligten ist, selbständig unter eigener Verantwortung die Arbeitsbedingungen zu regeln und daß ein staatlicher Zwangseingriff in die freie Selbstbestimmung der Beteiligten nur als Ausnahme im öffentlichen Interesse zulässig ist. Aus dieser grundsätzlichen Einstellung der Schlichtungsordnung erzibt sich, daß eine Verbindlichkeitserklärung nur in Frage kommt, **wenn die Durchführung des Schiedsspruches die Allgemeinheit angeht.** Nach der bisherigen Uebung würde ein solches öffentliche Interesse dann anzunommen, wenn die Gefahr bestand, daß das allgemeine Wirtschaftsleben unter der Fortdauer eines Streikes Schaden leide. Die Schlichtungsverordnung stellt nun die Voraussetzung für die Verbindlichkeitserklärung nicht mehr darauf ab, ob das allgemeine Wirtschaftsleben, sondern darauf, ob die Allgemeinheit durch den Streitzickel berührt wird. Das Interesse der Allgemeinheit kann danach auch auf anderm als wirtschaftlichem Gebiete, besonders auf sozialem Gebiete liegen. Aber auch soweit es auf wirtschaftlichem Gebiete liegt, braucht es sich nicht auf das allgemeine Wirtschaftsleben zu beziehen, sondern es kann auch an einem einzelnen Wirtschaftszweige bestehen. Auch bei weniger wichtigen Wirtschafts- oder Berufszweigen kann unter Umständen an der Durchführung eines Schiedsspruches ein so starkes öffentliches Interesse wirtschaftlicher oder sozialer Art vorliegen, daß eine Zwangseinmischung des Staates geboten erscheint. Für die Feststellung ob die Allgemeinheit durch einen Streik so stark berührt wird, daß die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches geboten erscheint, **lassen sich keine allgemeinen Regeln aufstellen; diese Frage ist vielmehr nur nach Lage des einzelnen Falles zu entscheiden.**"

Wir bringen dieses Dokument, weil es klar zeigt, daß in jedem Falle auch rein formell im „Interesse der Allgemeinheit" ein Streik durch Schiedsspruch einfach verboten, und unter Strafe gestellt werden kann. Man möchte diese Tatsache jedem einzelnen Arbeiter laut in die Ohren schreien. So lange als dem Kapital, auch den einzelnen Kapitalisten ein Streik nicht lästig ist, können die Arbeiter getrost ausprobieren, wie lange sie ohne Streik ihre Interessen wahren. Der einzelne Kapitalist kämpft ja trotzdem nicht einzeln, sondern er ist organisiert in den Unternehmerverbänden, und gegen Profitausfall gesichert. Greift jedoch das Proletariat, daß nicht den Kampf führen kann, zu gegen das Kapital mit dem eigenen „Kapital", — diese Utopie leuchtet heute jedem Arbeiter ein — zur Solidarität, zur Massenaktion, wird er durch Gesetz zum Staatsverbrecher erklärt nicht nur von der Schlichtungsjustiz, sondern auch von den staatstreuen Gewerkschaften. So lange er sich freiwillig in Gesetzen unterwirft, und mit „gewerkschaftlichen Mitteln" zu kämpfen sucht, ist sein Kampf zur völligen Aussichtslosigkeit verurteilt. Daß werden auch die Arbeiter von Mitteldeutschland sehr bald von neuem erfahren.

Die alte Leier

der „Entlarver" untereinander.

Die Hamburger Bürgerschaftswahlen sind für ungültig erklärt worden. In dem kommenden neuen „Wahlkampf" soll nun nicht nur die SPD., sondern auch die KPD. von der Urbahns-Opposition „entlarvt" werden. Wie einst die SPD. die Thälmann-Partei als die „Handlanger der Reaktion" denunzierte, und den Thälmann selbst als Transportarbeiter für Hindenburg, so eröffnet schon heute die KPD. das Feuer ihrer Argumente gegen die Ruthenen. Nur noch etwas massiver, noch etwas „proletarischer", ungefähr so:

„Der Waffenknecht muß niedergeschlagen werden, um das Pfeffersacksystem vernichten zu können: **um den Köter der in Hamburg schwächlich und mager nach den Waden schnappt,** ins politische Jenseits zu spedieren, **dürften ein paar kräftige Fußtritte** genügen. Und die soll und wird es von der Hamburger Arbeiterschaft erhalten."

Diese Stilblüten sind natürlich nur für Hirne bestimmt, die gerade noch fähig sind, auf Befehl einen Knüppel dirigieren zu können, aber für die Wählen genügte das ja bekanntlich. Wenn die Volksblocktheoretiker um Scholem jedoch mit einer furchtbaren Entlarvung von wegen der Koalitionsbereitschaft Thälmanns drohen, und der „Linie", auf der sich die parlamentarischen Schweinereien bewegen, die Linie des wirklich „revolutionären" Parlamentarismus entgegen zu halten versprechen, so muß dazu natürlich gesagt werden, daß die Ruthenen bis heute ihrer „Volksblocktheorie" treu geblieben sind, weil sie selbst wissen, daß ohne, wenn auch verschleierte Koalition der „revolutionär" getaufte Parlamentarismus der Lächerlichkeit verfallen muß. Die heutige Politik nicht nur der KPD., sondern auch der SPD. entspringt der Logik des Parlamentarismus selbst. Das Proletariat muß daraus die Konsequenzen ziehen, und eine klare Klassenlinie beziehen durch Einreihung in die Allgemeine Arbeiter-Union als den Hebel der Massenaktion zur Ueberwindung der kapitalistischen Gesellschaft. Nur diese Konsequenzen bewahren es davor, daß es durch ein Niveau, wie es aus obigen Sätzen spricht, so verdorben wird, daß es von jedem Knecht geleithammelt werden kann.

Politisches Vexierbild

„Bist du Kommunist?" — „Nein." — „Sozialdemokrat?" — „Nein . . ." — „Für Trotzki, Ruth Fischer?" — „Nein . . ." — „Ah du bist ein Linker, ein KAPist?" — „Aber gar keine Spur!" — „Bist du gegen die Gewerkschaften?" — „Nein, das heißt . . ." — „Bist du für die Gewerkschaften?" — „Aber nein . . ." — „Bist du für die DVP.?" — „Nein, aber . . ." — „Du bist ja überhaupt nichts, was bist du denn eigentlich?" — „Ich bin Korsch."

Bilder aus dem „Arbeiterstaat"

Der Suhler „Volkswille" bringt unter Bezugnahme auf die „Prawda" folgendes Bild aus dem „Arbeiterstaat":

„Der Direktor der Moskauer Fabriken Elektro-Lampa („Mofel"), der ehemalige Monteur Fördoroff, steht unter der Anklage des Sittlichkeitsverbrechens, des Mißbrauchs der ihm übertragenen gesellschaftlichen Machtmittel usw. Er hat sich besonders an seinen weiblichen Arbeiterinnen und Kontoristinnen vergangen.

Nach der Anklageschrift und dem mündlichen Bericht des Staatsanwalts war F. Teilnehmer der Oktoberrevolution und vom Jahre 1919 ab Direktor der Elektro-Lampa, bis er eine ihm 1927 durch den Arbeitsnachweis zugewiesene Arbeiterin mit allen Mitteln zu einer geschlechtlichen Hingabe zwingen wollte. Die Arbeiterin stellte Strafantrag, und dabei stellten sich ganz tiefgehende sittliche und moralische Zersetzungserscheinungen in der Umgebung des F. heraus.

F. hatte die letzten Jahre hindurch mit allen Mitteln unzahlige Frauen physisch zu vergewaltigen versucht und vergewaltigt, hatte den schlimmsten moralischen und wirtschaftlichen Druck zur Erreichung seines Zieles angewandt und seine ihm von der Gesellschaft übertragenen Machtmittel nicht im Sinne der Vorwärtsentwicklung der proletarischen Gesellschaft, sondern zu ihrer unerhörten Diskreditierung gebraucht.

Bei der weiteren Verhandlung meldeten sich noch 36 Frauen, die jetzt noch in den ihm unterstellten Betrieben arbeiteten und die sämtlich durch F. zum Geschlechtsverkehr unter Androhung des Verlustes der Arbeitsstelle gezwungen worden waren.

Die Anklage stellte noch fest, daß F. alle Frauen ausgezeichnet kleidete, seine Frau durch eine glänzende Wohnung entschädigte, einige Kinder unehelich Kinder hatte, sich noch Frauen aus der Krim mitbrachte usw.

Was sagt nun der Urteilstenor? Politisch gar nichts! F. wird lediglich zu zwei Jahren Gefängnis und dreijährigem Verlust seiner sämtlichen Rechte verurteilt.

Sonst wird keine der wichtigen, in den Vordergrund gerückten Fragen auch nur andeutungsweise behandelt und aufgerollt. Die wirtschaftlichen Gründe, die politischen Ursachen dieser Lotterwirtschaft werden nicht geklärt. Die Frage wird lediglich mechanisch, im bureaukratischen Sinne behandelt. Der Vorsitzende dieses Volksgerichts fühlt sich vielmehr als Klassengenosse des F. wie als Beauftragter seiner politischen Partei und der durch diese vertretenen proletarischen Klasse.

Er rollt nicht die Frage auf, warum die Arbeiterschaft Jahre um Jahre zu diesen Fragen schwieg, schweigen mußte, warum ihre Aktivität erlahmt war, warum Parteizelle und Betriebsrat kein Wort zu diesen ganzen Vorgängen sagten, obwohl sie ihnen bekannt waren, obwohl sie sich in voller Oeffentlichkeit abspielten."

Der „Volkswille" fragt nun an:

„Heute fragen wir in dieser Anzelegenheit die zentrale Kontrollkommission und das Zentralkomitee der russischen Partei:

Ist diesen Instanzen bekannt, daß auf Anordnung des Stalinisten Uchanoff, Vorsitzenden des Moskauer Sowjets und Gattin Bürgermeister von Moskau ehemaligen Präsidenten des russischen Elektro-Trustes und Vorgesetzten des Fördoroff, dieser F. nach einem Tage Haft aus dem Gefängnis entlassen werden mußte?"

Wir hätten auch eine Frage, und zwar an die Fraktion Fischer-Scholem:

Welchem Zweck dient die Anprangerung dieser an sich charakteristischen Zustände, die ja nicht nur seit den paar Monaten vorhanden sind, in denen die Ruthenen die Wahrheit über Rußland entdeckten? Die Fraktion der doppelten Buchführung schreit immer noch von dem „Sowjetrußland", daß man, trotzdem es gar nicht mehr kapitalistischer sein kann als es ist, „verteidigen" müsse. Uns scheint, daß diese heutige Auspacken auf derselben Stufe steht, wie die frühere wissenschaftliche Vertuschung der tatsächlichen Verhältnisse in Rußland. Wer die Nep wollte, wie die „orthodoxen Leninisten", der mußte auch ihre Früchte wollen. Sonst gleicht er dem Narren, der im Herbst die Bäume nicht auseinanderkrem, weil sie nicht blühen und nicht tragen. Die Frage beantworten, ob die frühere Politik, wofür auch die Fischer-Urbahns zeichneten, richtig oder falsch war, ist wichtiger, als die „Ausschlachtung" des „Stallskurses" in dem offensichtlichen Bestreben, damit die eigene Prinzipienlosigkeit zu verdecken.

Rationalisierung in England

Schläge machen weise?

Am Schlusse eines Vortrags, den ein Hamburger Professor über den englischen Streik des Jahres 1926 gehalten hatte, sagte er rund und nett: Die Behauptung, ein Industriezweig, der sowieso schon einen großen Prozentsatz Arbeitslose habe, dürfe die Arbeitszeit nicht verlängern, sei falsch, denn jedes Mittel besonders im Kampf auf dem Auslandsmarkt sei recht, um die Industrie konkurrenzfähig zu machen, und der verlängerte Arbeitstag würde durch erweiterten Absatz auch das Heer der Arbeitslosen vermindern, nicht umgekehrt die Zahl der Erwerbslosen vermehren. Der Herr Professor erklärte dadurch zum so und so vielten Male, daß der Weisheit letzter Schluß im kapitalistischen Konkurrenzkampf stets die verstärkte absolute Ausbeutung, längere intensive Ausbeutung mit sinkendem Reallohn ist. — Aber jene brutale Ausbeutungsmethoden sind nicht die einzigen Waffen des „friedlichen" Kampfes um den Absatz, das Monopol und die Rationalisierung, die den Arbeiter als Hersteller und Verbraucher schwer treffen, sind ihre andern.

Das lustige alte England ist nicht mehr. Ein Amerikaner, der England im letzten Sommer besuchte, schrieb sogar in der „Nation" „England ist bitter". England ist entschlossen, ohne Kompromiß die inneren Kämpfe bis zum bitteren Ende auszukämpfen. England ringt schon seit zwanzig Jahren um die Umorganisierung seiner Wirtschaft. Der englische Besitzer, ob konservativ oder liberal, will es immer noch nicht so recht glauben, daß die Zeit vorbei ist wo man unter der Maske des Freihandels den Handel der Welt im Sturm monopolisieren konnte. — Man führte Opiumkriege immer unter der Flagge des Freihandels. Jetzt aber wird es ernst nach dem Kriege. England muß, will es auf dem Weltmarkt nicht ganz ins Hintertreffen geraten, den zerspliterten Besitz seiner Hauptproduktion vermögungsrechtlich noch technisch zusammenfassen. Dabei ist es eine lustige Sache festzustellen, wie die Rollen vertauscht sind, die Liberalen, die Verkünder des freien Weltbewerbs, schreien nach Trust und Syndikaten und die Kapitäne der Wirtschaft haben nichts aus der Geschichte gelernt oder doch nur das eine: daß ihr Wohl, ihr Profit über alles geht, mag darüber die Welt in Stücke gehen. Ob 1926 der Kampf mit Macht unterm Grubenkapital, ob 1928 die so friedfertige, so demokratisch organisierte Woll- und Baumwollindustrie, sie greifen zu denselben Mitteln. Erst muß die Arbeiterschaft niedergerungen sein, ehe sie sich gezwungen sehen, sich auch wirtschaftlich und technisch umzustellen.

Die „Economic Review" vom 15. 12. 27 zitiert in einem Artikel „Combines and Trust" den New Staatesmann: „Wir fürchten weniger das Monopol als die Schwäche und Unfruchtbarkeit unserer Industrie." — Vor dem Kriege galten Monopole und Trusts als ungesund und unanständig. Die „Economic Revie" schreibt: „Eine lange dunkle Erfahrung der Vorkriegsdecenien liegt dieser Meinungsäußerung zu Grunde."

Hier hat das liberale Kleinbürgertum umgelernt, ebenso seine beiden Pole der Gewerkschaftsführer und das mittlere Besitzertum haben eine heilose Angst vor der Wiederkehr der Ereignisse des Jahres 1926.

Seit dem Jahre 1926 hat sich der Konflikttstoff noch vermehrt, die Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit bewegen einen neuen Zündstoff. Neben das ungelöste Kohlenproblem tritt jetzt der Kampf in der gesamten Textilindustrie in ein akutes Stadium und zwingt neben der 105mio. der Arbeiterfrage zur Neuorganisierung der Industrie selbst. Beispiele aus diesen beiden Industrien mögen das zur Einführung gesagte trefflich illustrieren und auch die Stellung der verschiedenen Kapitalistengruppen kennzeichnen. Der Woll- und Frachtmarkt schrumpft ein, so schreibt die obengenannte Zeitung. England unterliegt seinen Konkurrenten. Die Unternehmer verlangen Verkürzung der Löhne und die 52½ Std.-Woche an Stelle der 48stündigen. Die Lohnkürzung soll sofort eintreten, ohne vorhergehende Unternehmung der Lage der Industrie, die Zustände erscheinen keine Aufschub. Das Blatt schreibt darin: „Die Reallöhne sind etwas höher als vor dem Kriege in dieser Industrie. **Aber sie sind keineswegs hoch.** Die Arbeiter haben ein Recht inzwischen zu verlangen, daß die Industrie wirtschaftlich fruchtbringend nach modernen Methoden organisiert werde. Wie werden Dinge liegen, wirft die Industrie auch heute hoch eine annehmbare Profitrate ab. Die Arbeiter haben ein Recht zu verlangen, daß alles dies geschehen ist, ehe sie eine Lohnkürzung annehmen." Der Tarif von 1925 ist seitdem in einzelnen Kategorien gekündigt.

Drastischer drückt sich die Londoner „Nation" vom 7. 1. 28 aus. Sie überschreibt ihren Artikel: Die Meister-Baumwollspinner werden vernichtet. Sie scheinen darauf versessen zu sein, in die Fußtapfen der Kohlenbarone zu treten. Trotzdem die Früchte gerade dieser Produkte offen vor allen Blicken darliegen. — Die Machescottenspinner sind die führende Unternehmergruppe der Baumwollindustrie. Ihre Forderungen der 12½ Proz. Lohnkürzung, 25 Proz. sogar der Standardlöhne, die ohne Kampf nicht zu erreichen sind, würden trotz ihrer Belastung für die Arbeiter und Angestellten die Industrie nicht retten, denn diese einschneidende Lohnkürzung macht auf die Gesamtkosten für den Verkauf nur 1 Proz. aus.

Die „Natioe" vom 14. 2. bestätigt nur, daß beide Unternehmerorganisationen — Spinner und Fabrikanten in ihrer Unvernunft schon mit drauf und dran sind einen Konflikt heraufzubeschwören, der ihre Existenz bis zum Grunde bringen muß. Sie fordert schleuniges Eingreifen der Regierung, Errichtung einer Kontrollkommer für die Baumwollindustrie. Wenn in dem Bericht der Fabrikantenorganisation so nebenbei von Umorganisierung der Industrie die Rede wird, so meint die Zeitung, eine Schwalbe macht noch keinen Sommer, wenn wirklich unter den Verfassern des Berichts einer nicht von allen Sinnen verlassen ist, so will das nicht viel besagen!

Für uns ist das alles zunächst ein neuer Beweis, daß jeder wirkliche Arbeitskampf heute ein Kampf nur noch gegen die Staatsgewalt, ein politischer Kampf sein muß. Macht gegen Macht. — Interessant ist noch der Brief des zukünftigen Kandidaten der „Arbeiterpartei an den Schriftleiter. Dieses stellt fest, man tue gut, die geistige Qualität dieser Unternehmergruppe nicht zu überschätzen, sie seien die engstirnigsten individualisten. Der Zustand ihrer Industrie sei der beste Beweis gegen Privatindustrie und für Nationalisierung. Er behauptet, daß die Forderung der verlängerten Arbeitszeit nicht ernst gemeint sei, nur als Tauschobjekt gedacht. Die Unternehmer hoffen, durch den Konflikt und die Arbeiterniederlage folgende drei schöne Sächelchen zu erreichen:

1. Herabsetzung der Löhne.
2. Wollen sie die Spinnereien, die, da sie noch gut zu tun hatten, sich der Garngesellschaft nicht anschließen wollten, zum Stillstand bewegen.
3. Durch Schaffung eines Warenmangels auf dem Markte, Schaffung wenigstens einer zeitweiligen Konjunktur.

(Schluß folgt.)

Idealistische und materialistische Geschichtsauffassung

Von Paul Lafargue.

(Fortsetzung aus Nr. 6)

Der Mensch und die Tiere können nur denken, weil sie ein Gehirn besitzen. Das Gehirn setzt die Empfindungen in Ideen um, wie die Dynamomaschine die auf sie übertragene Bewegung in Elektricität umsetzt. Es ist die Natur oder richtiger — um einen Ausdruck zu vermeiden, welcher die Natur, der Anschauung der Philosophie des achtzehnten Jahrhunderts entsprechend, zu einer metaphysischen Einheit idealisieren würde — es ist das natürliche Milieu, welches das Gehirn und die anderen Organe bildet. Ich sage absichtlich „und die anderen Organe", weil die Idealisten das Gehirn von den anderen Organen trennen, um seine Tätigkeit, nämlich das Denken, Ursachen zuzuschreiben, welche an Hexerei grenzen, gerade so, wie die Spiritualisten den Menschen vom Tierreich scheiden, um ihn als Wunderwesen hinzustellen, für welches Gott zur Erde niederstieg und sich kreuzigen ließ.

Das natürliche Milieu, welches das Gehirn und die anderen Organe des Menschen geschaffen hat, ließ sie sich zu einem solchen Grad der Vollkommenheit entwickeln, daß sie die bewundernswerte Fähigkeit besitzen, sich jeder Art der Lebensbedingungen zu anpassen. So raubten Jahrhunderte lang zivilisierte Menschen, Christen, Neger an der Küste von Afrika, um sie als Sklaven in den Kolonien zu verkaufen. Diese Schwarzen waren Barbaren, Wilde, als Hunderte, Tausende von Jahren hinter der Kultur der zivilisierten Völker zurück, und trotzdem erlernten sie binnen Kurzem deren Handwerke und Beschäftigungsarten.

Jesuiten haben in Paragnay das merkwürdigste soziale Experiment gemacht, das mir bekannt ist, ein Experiment, welches für uns Sozialisten von höchster Bedeutung ist, weil es klärlich beweist, mit welch außergewöhnlicher Schnelligkeit sich ein Volk entwickelt, sobald man es in ein neues soziales Milieu verpflanzt. Aus Wilden haben die Jesuiten, diese unvergleichlichen Erzieher und klugen Ausbeuter der Arbeit, ein zivilisiertes Volk von mehr als hundertausend Köpfen herangezüchtet.

Die Guaranis, welche sie in den Pueblos von Paraguay ansiedelten, streiften nackt durch die Wälder, bedienten sich als Waffen nur des Bogens und der Holzkeule, und kifteten nur einen ganz primitiven Ackerbau, sie bauten nur Mais. Ihr Geist war so wenig entwickelt, daß sie nur bis zwanzig zu zählen im Stande waren, und obendrein mußten sie sich dazu ihrer Finger und Zehen bedienen. Die Finger bedeutigten zwei Finger zwei, eine Hand fünf, eine Hand zusammen mit einem Finger der zweiten Hand sechs, beide Hände zehn, beide Hände und eine Zehe elf, beide Hände und ein Fuß fünfzehn, Hände und Füße zusammen zwanzig. Die niedrigst stehenden Wilden bedienten sich stets ihrer Finger und Zehen beim Zählen. Die Zahl der abstrakteste Begriff, welcher in dem Hirn des zivilisierten Menschen vorhanden ist, war also anfangs in dem Hirn des Wilden der Reflex eines materiellen Gegenstandes. Wenn wir laut oder in Gedanken, eins, zwei, fünf, zehn zählen, so sehen wir keinen Gegenstand vor uns. Der Wilde sieht dagegen im Geiste seine Finger, zwei Finger, eine Hand, zwei Hände.*) Wie zutreffend diese Annahme ist, erhellt daraus, daß die römischen Ziffern, deren sich die zivilisierten Völker lange vor Einführung der arabischen Ziffern bedienten, Nachbildungen der Finger bezw. der Hand waren. I stellt einen Finger dar, II zwei Finger, V eine Hand, deren drei mittlere Finger eingebogen und deren Daumen und kleiner Finger ausgestreckt sind. X bedeutet zwei V oder zwei ineinandergestellte Hände.

Die Jesuiten haben die Wilden von Paraguay zu geschickten Arbeitern erzogen, die fähig waren, die schwierigsten Arbeiten auszuführen. Charlevoix sagt folgendes von ihnen:

„

Aus der Partei

Zum Parteitag

(Fortsetzung von Nr. 6.)

III.

Die KAPD. — Was sie ist und was sie nicht sein soll.

Die KAPD. stellt die positive Ueberwindung der alten Arbeiterbewegung dar. Damit ist jedoch nicht gesagt, daß sie als etwas Fertiges gezündet wurde. Auch sie brauchte Zeit, um sich über Programm und die Taktik, wie über ihre Grundlagen klar zu werden. Dabei ging der Prozeß der Vertiefung, des „Selbsterkennens" nicht immer ununterbrochen und folgerichtig vor sich. Die Stärke der traditionellen Ueberlieferungen, verkörpert von den Gewerkschaften und den parlamentarischen Parteien einerseits, und die Schwäche der Partei andererseits, drängten sie naturgemäß in eine Lage, in der sie sich ausschließlich mit einer Kritik des Sozialdemokratismus, der 2. und der 3. Internationale erschöpfte. Daraus entstanden oft Stimmungen und Ansichten, die aus der Not eine Tugend machen wollten. Sie erkannte nicht eine aufgezwungene Stellung, die überwunden werden mußte, sondern die Taktik und ihre einzigste Aufgabe. Daraus resultierte auch die Tatsache, daß die Partei oft ihre Linie aus der Kritik und diese allein aus der Notwendigkeit der Bekämpfung der reformistischen Gegner bestimmen ließ, anstatt die Kritik und die Bekämpfung des Reformismus aus einer positiven Linie abzuleiten. Auf diese Weise ließ sich die Partei oft durch die reformistische Bewegung aus ihrer Linie der positiven Ueberwindung des Reformismus auf eine andere verdrängen, die in manchen Punkten bloße Negation und in anderen Konkurrenz der Gewerkschaften, SPD. und KPD. darstellte. Beispiele dafür sind die Schwankungen in der Stellung der Partei zur AAU. — ihr Wesen und ihre Taktik, von der später die Rede sein wird. Ein weiteres Beispiel ist auch die Uebernahme der sogenannten „Todeskrise" von der KPD. Mit ihr wollte man später die neuen Formen und Kampfmethoden der Arbeiterbewegung sowie die Existenzberechtigung der KAPD. begründen. Die kommende Parteitags-Diskussion und der Parteitag selbst müssen auch in diesem Punkte eine richtige Stellungnahme der Partei zur Folge haben. Es sei hier nur bemerkt, daß Panekoek in puncto „Todeskrise" Recht hat, wenn er auch nicht das besondere der kapitalistischen Nachkriegskrise sieht; die erfolgte und die sich noch vollziehende Umwälzung in der internationalen Verteilung der Arbeit. Diese Umwälzung, welche Marx schon 1847 voraussah, erklärt die Besonderheiten (Dauer und Schärfe) der Nachkriegskrise in den altkapitalistischen Ländern, die sich noch lange hinschleppen wird.

Die Lehre aus der vergangenen Entwicklung der Partei muß sein, daß sie künftig hartnäckiger ihre positive Linie durchzuführen bestrebt ist, indem sie ihren Kampf um die neuen Formen und Kampfmethoden der Arbeiterbewegung nicht von dem Gegensatz zu der alten bestimmen läßt, sondern den Gegensatz zu dieser und ihre Kritik an ihnen aus ihrem positiven Programm heraus folgen läßt. Die Partei muß bestrebt sein, möglichst so zu handeln, als wenn die alten Organisationen nicht da wären. Nur so wird sie sich nicht nach dem „Prinzip der Antithese" aus ihrer positiven revolutionären Linie auf die Bahn der Negation und des Utopismus verdrängen lassen.

Die positive Linie der Partei folgt aus ihren Ansichten über die Formen und Kampfmethoden der Arbeiterbewegung, sowie aus ihrer Ansicht über die Rolle der revolutionären Partei. Diese Ansichten folgen aber nicht aus diesen oder jenen Prognosen der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus, d. h. nicht davon, ob die Krise Todeskrise ist oder nicht, sondern sie sind das Resultat der bisherigen Erfahrungen der Arbeiterbewegung, der Einsicht in die gegenwärtigen Kampfbedingungen und unsere Vorstellungen von den Voraussetzungen und dem Gang der proletarischen Revolution, die sich auf die Erfahrungen der russischen Revolution und der europäischen revolutionären Erhebungen stützen. Als Anhänger des wissenschaftlichen, des Marxschen Kommunismus gehen wir von dem Grundsatz aus, daß der Klassenkampf des Proletariats der Beherrschaft und Sturz des Kapitalismus ist. Dabei ist der Klassenkampf für uns nicht ein Begriff, sondern eine Tatsache, ein Prozeß, dessen Ursachen und Ausgangspunkt die alltäglichen Interessengegensätze zwischen Arbeit und Kapital sind. Diesen Prozeß fördern, heißt die Krisen als das Stadium des Kapitalismus auslösen und entwickeln. Das kann jedoch nicht allein dadurch geschehen, daß man die Welt hübsch marxistisch erklärt, und die Aufgaben des Proletariats in jedem Stadium der Entwicklung aufzeigt; es ist notwendig, die Arbeiterbewegung selbst von ihren zur Pessel gewordenen alten Organisationen zu befreien. Der Kampf der Arbeiterklasse, mit seinen materiellen Grundlagen, die Organisationsformen und die revolutionäre Ideologie stehen in Wechselwirkung zueinander. Diese voneinander bewußt oder unbewußt trennen zu wollen, bedeutet die Bewegung vom Ziel und das Ziel von der Bewegung trennen wollen. Die Organisation, die das nicht begreift, verfällt in den Sumpf des Reformismus oder in den sektiererischen Utopismus.

Aus der Konzentration des Kapitalismus und aus den ihr entsprechenden monopolistischen Formen folgt, wie schon ausgeführt wurde, die Notwendigkeit der Massenaktion und ihrer entsprechenden Organisationsform, die die Partei mit Wort und Tat fördert. Hieraus folgt unsere Ablehnung des Parlamentarismus.

4. Die KAPD. und der Parlamentarismus.

Wenn wir hier vom Parlamentarismus sprechen, so handelt es sich nicht um den Parlamentarismus als Regierungssystem, sondern als Kampfmittel des Proletariats. Als solches beruht er auf der Illusion der Arbeiter, die er wiederum stärkt, daß sie für ihre Interessen durch die von ihnen gewählten Parlamentarier kämpfen können. Der Parlamentarismus steht also in schroffem Widerspruch zur Taktik der Massenaktion, da er ihre objektiven Voraussetzungen zerstört. Aus diesen politischen und nicht aus irgendwelchen moralischen Gründen lehnt die Partei den Parlamentarismus ab.

Es muß betont werden, daß wir den Parlamentarismus nicht deshalb ablehnen, weil er der Partei keine materiellen Vorteile bringt, oder weil er auf die Partei korrumpierend wirken und sie auch verhindern könnte, die Frage von Masse und Führer im revolutionären Sinne zu lösen. Wir gehen in unserem Verhältnis zum Parlamentarismus als Kampfmittel erstens von seinen verderblichen Auswirkungen auf die Ideologie der Arbeiter aus, und zweitens von seiner Auswirkung auf die Partei, die ihn betreibt. Es ist jedoch falsch, die verderbliche Auswirkung des Parlamentarismus auf die parlamentarischen Parteien in der Korruption und dem Gegensatz zwischen Führer und Masse sehen zu wollen. Diese Erscheinungen kennzeichnen tatsächlich jede parlamentarische Partei; sie sind aber auch in nichtparlamentarischen Organisationen zu finden. Ihre Ursache muß also wo anders gesucht werden. Sie liegt in der Zusammensetzung der Organisation. (Davon wird später noch die Rede sein.) Die Korruption und der Gegensatz zwischen Führer und Masse in einer parlamentarischen Partei stehen nur in indirekten Zusammenhang mit dem Parlamentarismus. Dieser besteht eben darin, daß sich der Parlamentarismus auf die Zusammensetzung der Partei auswirkt.

Der Parlamentarismus birgt in sich die unabwendbare Tendenz, die Partei in einen Wahlapparat zu verwandeln. Die Jagd nach Wählern wird ihr zum Ziel und bestimmt ihr Tun und Lassen. Die Agitation und die Propaganda der parlamentarischen Partei paßt sich immer mehr und mehr an die rückständigen, kleinbürgerlichen Ansichten der Wähler an, statt sie zu bekämpfen. Ihr Zuwachs besteht aus von dieser Agitation und Propaganda „aufgeklärten" Arbeitern, für die der Parlamentarismus nicht mehr eine Taktik ist, — trotzdem er als solche gebraucht werden sollte: für sie ist er ein Weg und ein Mittel des Kampfes und später auch der Eroberung der Macht. Das ist der zweite Grund für unsere Ablehnung des Parlamentarismus.

Daß der Parlamentarismus nicht das Gebäude ist, wo die Parlamentarier ihre Sitzungen abhalten, sondern ein System von Ansichten und Handlungen, die sich in der Wahlagitation, in der Wahlbeteiligung und der parlamentarischen Betätigung äußern, sollte jeder Marxist verstehen. Ist dem aber so, dann muß man auch begreifen, daß die Annahme von Geld von einem, der aus persönlichen Gründen noch formell Reichstagsabgeordneter bleibt, nichts mit Parlamentarismus zu tun hat. Dies berührt gar nicht unsere politischen Gründe für die Ablehnung des Parlamentarismus, die nichts gemein haben mit der Verneinung der sogenannten „kleinen Vorteile". Die Annahme von Geld, dessen Quelle parlamentarische Diäten sind, als eine Erschütterung unserer antiparlamentarischen Stellungnahme zu betrachten, bedeutet die Frage „Parlamentarismus oder Antiparlamentarismus", nicht von politischen Gesichtspunkten, sondern von jenen der sogenannten kleinen Vorteile lösen zu wollen, wie das die 3. Internationale bei ihrer Entstehung getan hat.

Wenn aber der Parteitag zu den Gründen unseres Antiparlamentarismus nichts Neues zu sagen hat, so gilt das nicht für die Frage der Richtigkeit der parlamentarischen Taktik für die Vergangenheit. Diese Frage ist nicht, wie es auf den ersten Blick zu sein scheint, eine akademische Frage: sie ist von unmittelbarer Bedeutung für das System unserer Ansichten.

Die Partei ist, wenn auch nicht unmittelbar, aus der Sozialdemokratie hervorgegangen und es ist erklärlich, daß man in der Begründung unseres Verhältnisses zum Parlamentarismus auch Tribut an die Vergangenheit zahlen mußte. Man erklärte, daß für die Vergangenheit die parlamentarische Taktik ganz richtig war, daß aber die Verhältnisse sich geändert haben und sie jetzt unrichtig geworden ist. Dabei verstanden unter Vergangenheit manche die Zeit bis zur Aufhebung des Sozialistengesetzes, andere wieder die Zeit bis zum Weltkrieg, manche wollten sogar unsere Stellung zum Parlamentarismus wie unsere gesamte Taktik nur mit der revolutionären Situation erklären. Damit deckt sich auch die Ansicht der bekannten Essener „Theoretiker", daß nur die Todeskrise des Kapitalismus unsere Taktik, wie die Existenzberechtigung der KAP. im Gegensatz zur Sozialdemokratie rechtfertige. Aus der letzten Weisheit folgt, daß, sobald die Situation nicht mehr revolutionär ist und man aufhört, „das Dogma von der Todeskrise des Kapitals unerschütterlich anzubeten, wie der Katholik die Monstranz", man den Weg zum Parlamentarismus und zur Sozialdemokratie zurückfinden muß.

Ganz abgesehen von dieser Folgerung sind alle obigen Erklärungen unserer antiparlamentarischen Taktik nur ihrer Form nach dialektisch. Die Marxsche Dialektik ist jedoch eine Methode der konkreten Untersuchung. Und eine konkrete Untersuchung (die in unserer Preisse einmal gemacht werden soll) zeigt, daß das Verhältnis der Arbeiterklasse zum Parlamentarismus aus der politischen Ideologie der Bourgeoisie entliehen ist, ebenso, wie ursprünglich alle Ideen des Proletariats: „Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse." (Das kommunistische Manifest.) Das Proletariat versucht anfänglich, von diesen Ideen zur Verteidigung seiner Interessen Gebrauch zu machen, ihre Untauglichkeit, d. h. Unrichtigkeit, sieht es erst durch den Gebrauch. Dann versucht ist, sie umzumodeln, sie zu revidieren, bis es sie voll und ganz überwindet. „Die kommunistische Revolution ist das radikalste Brechen mit den überlieferten Eigentumsverhältnissen; kein Wunder, daß in ihrem Entwicklungsgange am radikalsten mit den überlieferten Ideen gebrochen wird." (Das kommunistische Manifest.) Diese Entwicklung der proletarischen Ideenwelt ist auch in ihrem Verhältnis zum Parlamentarismus feststellen. —

Die antiparlamentarischen Tendenzen in der Arbeiterbewegung tauchen schon nach ihrem ersten politischen Auftreten auf; — aus der Erfahrung heraus. Damit sind nicht diejenigen unpolitischen Strömungen gemeint, die aus dem utopistischen System Owen oder aus kleinbürgerlichem Proudhonismus ihren Ausgang nehmen, sondern die politischen, antiparlamentarischen Strömungen in der Chartisten-Bewegung. Auch die deutsche Sozialdemokratie ist nicht ganz von antiparlamentarischen Strömungen verschont geblieben: Erinnern wir uns an die Liebknechtschen Ansichten. Die syndikalistischen Strömungen in der Arbeiterbewegung, die auch Marxisten in ihren Reihen zählten (die jedoch im allgemeinen von dem Gegensatz zu den Vertretern des Marxismus in einen Gegensatz zum Marxismus selbst getrieben wurden), sind zum größten Teil als Produkt der parlamentarischen Erfahrung, als unbewußte Reaktion auf den Parlamentarismus zu verstehen. Sie haben vielfach die politische Tätigkeit mit den Parlamentarismus, die politische Partei mit der parlamentarischen Partei identifiziert und daraus die falschen Schlüsse gezogen: Ablehnung des politischen Kampfes und der Partei und Anlehnung an die anarchistischen Theorien.

Eine geschichtliche Untersuchung der Entstehung und der Wandlungen der Ansichten im Proletariat über den Gebrauch des Parlamentarismus, sowie eine Untersuchung seiner Rückwirkungen auf die Ideologie der Arbeiter zeigt, daß diese Ansichten wohl bedingt, jedoch nicht richtig waren. Die geschichtliche Bedingtheit ist nicht immer mit Richtigkeit identisch. Auch die Irrtümer sind bedingt. Niemand wird jedoch behaupten, daß sie richtig sind. Die Religion ist auch bedingt. Keinem Marxisten wird es jedoch einfallen, zu behaupten, daß sie richtig ist, oder, daß sie bei ihrer Entstehung richtig gewesen und heute falsch geworden ist. Das wäre Vulgarisierung der Dialektik — reine Sophistik, die äußerlich Dialektik vortäuscht. Eine richtige Ansicht über ein Ding wird nur dann falsch, wenn sich das Ding verändert hat. Bleibt das Ding unverändert, oder ist es nur Veränderungen ausgesetzt, wobei das Quantitative nicht in das Qualitative umschlägt, dann sind die früheren Vorstellungen von ihm, die jetzt als falsch erkannt worden sind, schon von Anfang an falsch gewesen. Einige Beispiele: Das richtige Verhältnis des revolutionären Proletariats zu dem Rußland von 1917 ist 1927 unrichtig, weil sich Rußland qualitative geändert hat. Das betreffende gilt jedoch vom Parlamentarismus nicht. Wohl hat er Veränderungen erfahren (in der Wahlberechtigung, der Wahlbarkeit, in seinen gesetzgeberischen Rechten usw.), aber sein Wesen hat sich aber nicht geändert. Er ist gewesen und bleibt ein ganz bestimmtes Vertretungssystem, das geeignet ist, als Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie zu dienen — nicht aber dem Proletariat. Der Parlamentarismus war auch geeignet, als Kampfwaffe einer besitzenden Klasse zur Eroberung der politischen Macht zu dienen. Er kann das aber nicht für das besitzlose Proletariat sein. Er ist nur geeignet, im Proletariat Illusionen zu erwecken. Deshalb war das Verhältnis der Massen des Proletariats zu ihm von Anfang an falsch.

Man darf nicht seine Richtigkeit daraus abzuleiten versuchen, daß der Kampf um das Wahlrecht und die Wahlkämpfe früher viel für die Sammlung des Proletariats als Klasse und für die Entwicklung seines Klassenbewußtseins beigetragen hat. Auch durch die religiösen Irrungen und Kämpfe ist früher die Menschheit ein großes Stück vorwärts gegangen. Die Ursache der Entwicklung im ersten Fall ist ebensowenig im Parlamentarismus wie im zweiten Fall in der Religion zu suchen. Hypothetisch könnte die Klassensammlung des Proletariats auch auf anderem Wege vor sich gehen. Würde denn das nicht geschehen können, wenn man die heutigen Erfahrungen zur Zeit des alten Liebknecht gehabt hätte und die Sozialdemokratie antiparlamentarisch geworden wäre? Die Tatsache, daß man diese Erfahrungen noch nicht haben konnte, ist eben die historische Bedingtheit der parlamentarischen Taktik, aber, wie gesagt, widerspricht die Bedingtheit nicht dem, daß auch das frühere Verhältnis der revolutionären Marxisten zum Parlamentarismus falsch war.

Zur Beruhigung manches „marxistischen" Gewissens sei noch gesagt, daß die Verwerfung einer Ansicht, die Marx selbst leidenschaftlich vertreten hat, gar nicht den Marxismus berührt, denn Marxismus sind nicht die Resultate der Marxschen Untersuchungen, sondern seine dialektisch-materialistische Methode der Untersuchung. Die Resultate dieser Untersuchungen sind nicht allein in dieser Frage falsch gewesen. Die Aufgabe der Marxisten ist, mit der dialektisch-materialistischen Methode der Untersuchung an Hand von neuen Tatsachen und Erfahrungen immer wieder die alten Resultate der Untersuchung zu überprüfen. Das ist der Geist des Marxismus. Zu denjenigen „Marxisten", die den Marxismus in dem Buchstaben sehen wollen, hat Marx schon gesagt: „Je sais que ce ne suis pas Marxist" (ich weiß nur, daß ich kein Marxist bin).

(Fortsetzung folgt.)

Aus den Wirtschaftsbezirken

Koblenz

Der Schwindel als politische „Linie".

Aus Koblenz sendet uns der Genosse Schnitzler folgende Erklärung:

In der „Sozialistischen Republik" erschien dieser Tage ein Artikel von der letzten Erwerbslosenversammlung Thielenschen, und es wird dort die Behauptung aufgestellt, daß Unterschlagungen von Seiten des Erwerbslosenausschusses vorlagen. Das ist eine bezaho große wie gemeine Schwindelei.

Während der Zeit, als ich im Ausschuß war, sind aus der Erwerbslosenbewegung noch 2500 Mark einkassiert worden. 818 Mark durch Sammlungen und 1690 Mark durch Zeitungen. Dafür sind Quittungen vorhanden. Diese habe ich dem Erwerbslosenausschuß auch zugänglich gemacht bis zu der Sammlung vom Kollegen Schäfer. Dafür habe ich eine Quittung von Habenstock erhalten. Mit der Sammlung Weiß habe ich nichts zu tun, und es entzieht sich auch meiner Kenntnis, weil ich zu der Zeit nicht auf dem Nachweis war.

Aber den Koblenzer Erwerbslosen zur Kenntnis, warum von Seiten der Zeitungen der KPD. solche Behauptungen aufgestellt werden. Nur, weil ich nicht mehr Mitglied der KPD. bin und keine Propaganda mehr für diese Gewerkschaftsfreunde mache, verleumden mich die Nick, Thilen und Weiß. Das ist eine schäbige, gemeinsame Weise. Ihre Untauglichkeit, d. h. Unrichtigkeit, sieht es erst durch den Gebrauch. Dann versucht ist, sie umzumodeln, sie zu revidieren, bis es sie voll und ganz überwindet. „Die kommunistische Revolution ist das radikalste Brechen mit den überlieferten Eigentumsverhältnissen; kein Wunder, daß in ihrem Entwicklungsgange am radikalsten mit den überlieferten Ideen gebrochen wird." (Das kommunistische Manifest.) Diese Entwicklung der proletarischen Ideenwelt ist auch in ihrem Verhältnis zum Parlamentarismus feststellen. —

Die antiparlamentarischen Tendenzen in der Arbeiterbewegung tauchen schon nach ihrem ersten politischen Auftreten auf; — aus der Erfahrung heraus. Damit sind nicht diejenigen unpolitischen Strömungen gemeint, die aus dem utopistischen System Owen oder aus kleinbürgerlichem Proudhonismus ihren Ausgang nehmen, sondern die politischen, antiparlamentarischen Strömungen in der Chartisten-Bewegung. Auch die deutsche Sozialdemokratie ist nicht ganz von antiparlamentarischen Strömungen verschont geblieben: Erinnern wir uns an die Liebknechtschen Ansichten. Die syndikalistischen Strömungen in der Arbeiterbewegung, die auch Marxisten in ihren Reihen zählten (die jedoch im allgemeinen von dem Gegensatz zu den Vertretern des Marxismus in einen Gegensatz zum Marxismus selbst getrieben wurden), sind zum größten Teil als Produkt der parlamentarischen Erfahrung, als unbewußte Reaktion auf den Parlamentarismus zu verstehen. Sie haben vielfach die politische Tätigkeit mit den Parlamentarismus, die politische Partei mit der parlamentarischen Partei identifiziert und daraus die falschen Schlüsse gezogen: Ablehnung des politischen Kampfes und der Partei und Anlehnung an die anarchistischen Theorien.

Eine geschichtliche Untersuchung der Entstehung und der Wandlungen der Ansichten im Proletariat über den Gebrauch des Parlamentarismus, sowie eine Untersuchung seiner Rückwirkungen auf die Ideologie der Arbeiter zeigt, daß diese Ansichten wohl bedingt, jedoch nicht richtig waren. Die geschichtliche Bedingtheit ist nicht immer mit Richtigkeit identisch. Auch die Irrtümer sind bedingt. Niemand wird jedoch behaupten, daß sie richtig sind. Die Religion ist auch bedingt. Keinem Marxisten wird es jedoch einfallen, zu behaupten, daß sie richtig ist, oder, daß sie bei ihrer Entstehung richtig gewesen und heute falsch geworden ist. Das wäre Vulgarisierung der Dialektik — reine Sophistik, die äußerlich Dialektik vortäuscht. Eine richtige Ansicht über ein Ding wird nur dann falsch, wenn sich das Ding verändert hat. Bleibt das Ding unverändert, oder ist es nur Veränderungen ausgesetzt, wobei das Quantitative nicht in das Qualitative umschlägt, dann sind die früheren Vorstellungen von ihm, die jetzt als falsch erkannt worden sind, schon von Anfang an falsch gewesen. Einige Beispiele: Das richtige Verhältnis des revolutionären Proletariats zu dem Rußland von 1917 ist 1927 unrichtig, weil sich Rußland qualitative geändert hat. Das betreffende gilt jedoch vom Parlamentarismus nicht. Wohl hat er Veränderungen erfahren (in der Wahlberechtigung, der Wählbarkeit, in seinen gesetzgeberischen Rechten usw.), aber sein Wesen hat sich aber nicht geändert. Er ist gewesen und bleibt ein ganz bestimmtes Vertretungssystem, das geeignet ist, als Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie zu dienen — nicht aber dem Proletariat. Der Parlamentarismus war auch geeignet, als Kampfwaffe einer besitzenden Klasse zur Eroberung der politischen Macht zu dienen. Er kann das aber nicht für das besitzlose Proletariat sein. Er ist nur geeignet, im Proletariat Illusionen zu erwecken.

Genossen! Sorgt für scharfe und politische Abrechnung, damit das regelmäßige Erscheinen der Zeitung der „KAZ" gesichert werden kann.

Proletarisches Notizbuch

Bezirkskonferenz der KAJD. Ruhrgebiet.

Sonntag, den 5. Februar 1928, vorm. 10 Uhr, findet im Lokal Jentsch in Buer, Ecke Essener-Sedanstraße, eine Bezirkskonferenz der KAJ. statt.

Tagesordnung:

1. Politische Lage und unsere Aufgaben als Jugend.
2. Organisatorisches und Berichte der Ortsgruppen.
3. Verschiedenes.

Alle Ortsgruppen müssen unbedingt Delegierte entsenden. Ausweise sind mitzubringen.

KAJD. Ruhrgebiet.

Dortmund.

Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr Mitglieder-Versammlung der KAP. und KAJ.

Jeden Samstag, abends 8 Uhr Zahlabend der AAU.

Wir ersuchen alle Genossen pünktlich zu erscheinen.

Der Ortsrat.

Weißenfels.

Alle Genossen der AAU. und KAP., sowie Sympathisierende, treffen sich jeden Mittwoch, abends 8 Uhr, zum öffentlichen Diskussionsabend im Lokal „Reichspost", Bendistraße.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sula, Neukölln. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Willy Iszdonat, Berlin O 17.

9. Jahrg. Nr. 9

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.
Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 2. Februar 1928

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42.
Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,30 Mark, zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal.
Inserate werden nicht aufgenommen.

Der Thermidor der russischen Revolution

Karl Marx hat in seinem unvergleichlichen „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte" die französ. Revolution und die in ihr wirkenden Kräfte analysiert, die jenes bunte Bild auf die politische Bühne zauberten. „Jede Partei" — schreibt er — „deutete sie in ihrem Sinn. Von dem Proletariat mit den Waffen in der Hand errotzt, prägte es ihr seinen Stempel auf und proklamierte sie als soziale Republik." So wurde der allgemeine Inhalt der modernen Revolution angedeutet, der in sonderbarstem Widerspruch stand zu allem, was mit dem vorliegenden Material, mit der erreichten Bildungsstufe der Masse, unter den gegebenen Verhältnissen und Umständen ins Werk gesetzt werden konnte. Andererseits wurde der Anspruch aller übrigen Elemente, die bis zur Februarrevolution mitgewirkt hatten, anerkannt in dem Zustand, den sie von der Revolution erhielten. In keiner Periode finden wir daher ein bunteres Gemisch von Phrasen und Illusionen, von Unfreiheit und Unbeholfenheit, von enthusiastischerem Neuerungsstreben und von gründlicherer Herrschaft der alten Routine, von mehr scheinbarer Harmonie der ganzen Gesellschaft, und von tieferer Entfremdung ihrer Elemente. Während das ganze Proletariat noch in dem Anblick der großen Perspektive, die sich ihm eröffnet hatte, schwelgte und sich in ernstgemeinte Diskussionen über alle Probleme erging, hatten sich die alten Mächte der Gesellschaft gruppiert, gefestigt, entwickelten und fanden eine unerwartete Stütze an der Masse der Nation, den Bauern und Kleinbürgern, die alle auf einmal auf die politische Bühne stürzten, nachdem die Barrieren der Julimonarchie gefallen waren."

Mit diesen Sätzen ist auch die russische Revolution fixiert. Denn es kommt nicht auf die einzelnen Episoden, nicht auf einzelne Kostüme, auch nicht auf die äußeren Merkmale in politischer Hinsicht an, sondern auf die Gruppierungen und die daraus entspringenden Resultate. Diese in der russischen Revolution wirkenden Kräfte hat ein „orthodoxer Lumpen", Werner Scholem, in einer Versammlung in Berlin folgendermaßen skizziert: „Sieben Millionen Proletarier arbeiter von einer Gesamtbevölkerung von 130 Millionen Menschen. Die besten des Proletariats sind an der Staatsfutterstippe korrumpiert, in der Hauptsache die der Jugend. Von der Elite, die im Krieg und Bürgerkrieg umkamen, ganz zu schweigen. Jeder Ansatz zur „Planwirtschaft" ist gescheitert, die Lebensmittelversorgung ist für die Städte gefährdet. Die Verfügungsgewalt über das Geldsystem ist der Zentralregierung zwecks zentraler Regelung entzogen, das Außenhandelsmonopol scheiterte an dem Widerstand der Bauern. Die Ausbeutung in den Betrieben steigt. Der außenpolitische Prestigeverlust der russischen Regierung ist durch die Niederlagen in China, wo die russischen Berater mit ihren Köpfen gewohnt, ohne daß die russische Regierung eine Möglichkeit zeigen ergreifen konnte, gegenüber den Kolonialvölkern ungeheuer. Revolutionäre Arbeiter in Rußland werden der Arbeitslosigkeit, der Obdachlosigkeit ausgeliefert und werden mit gewaltsam von Truppen der „Roten" Armee verschleppt werden sollte, warfen sich die Arbeiter vor den abfahrenden Zug, — aber man war schon darauf gefaßt und wollte nur ein Exempel statuieren, Trotzki war gar nicht in diesem Zug, sondern unter strengster Bewachung stillschweigend abtransportiert worden.

Diese Wahrheit ist gewiß nicht neu. Neu an ihr ist, daß sie von „Marxisten" kommt, die davon, von den tatsächlichen Klassenverhältnissen, wie sie nicht nur seit Monaten, sondern immer gelagert waren, bis vor kurzem nichts zu berichten wußten. Auch nicht, daß jene Klassenverhältnisse den Thermidor der russischen Revolution — den Uebergang der Macht der revolutionären Klasse in den Besitz einer, der revolutionären Idee feindlichen Macht — nicht erst seit gestern, sondern in jenem Zeitpunkt erzwangen, wo eine Regierung der Produktionsverhältnisse gefunden werden mußte. Daß jener ökonomische Sieg der Bauern bereits 1920 bis 1921 erfolgte, und damit die Niederlage des Proletariats.

Was Marx an der französischen Revolution nicht analysieren konnte, das war der Versuch der französischen Revolution sowohl, als auch der Pariser Kommune, ihre eigene immer Verfassung theoretisch zu verhimmeln. Ihre Niederlage war die Niederlage in allen Ehren, offen sichtbar und für jeder, mann eindeutig. Ihre Träger wurden nicht korrumpiert, sondern besiegt.

Die russische Revolution schuf sich diese „Rechtfertigung". Die Theorie ihrer eigenen Niederlage, ihrer Niederlage, ihrer, ein System, mit dessen Hilfe dem Proletariat jahrelang nach dem Thermidor noch vorgetäuscht wurde, was längst nicht oder nur noch mehr. Die konterrevolutionäre Klasse in Rußland, das Bauerntum, stemmte sich jahrelang gegen konterrevolutionären Kurs, innen- und außenpolitisch, und der Leninismus ward zum Mittel, die Bundesbrüderschaft der Bauernklasse mit dem Proletariat aufrechtzuerhalten auch in dem Kurs, der auf die Niederlage des Proletariats hinzielte, war. Das war so lange möglich, als die Klassengegensätze nicht in völliger Unversöhnlichkeit hervortraten. Aber jetzten Endes entscheiden auch hier die Interessen, sondern die reale Wirklichkeit. Eine Partei von Arbeitern und Bauern ist eine Partei der Revolution und konterrevolution. Eine erzwungene „Einheit" bedeutet den offenen Terror gegen das Proletariat vermittels der Partei, die vorgibt, die Interessen der Arbeiter und Bauern zu vertreten. Die Spaltung der bolschewistischen Partei bedeutet die Abschüttelung einer politischen Unzucht, und diese Abschüttelung durch das klassenbewußte Proletariat bedeutet den endgültigen Bankrott des Leninismus.

Rosa Luxemburg — die nach den „orthodoxen Leninisten" um Urbahns-Ruth Fischer gegenüber Lenin angeblich „unrecht" behalten haben soll — hat schon 1917 nachgewiesen, daß durch die Besitzzersplitterung des Landes durch die Bauern und die Aufteilung des Großgrundbesitzes die Frage des Sozialismus in Rußland zu einer Kampffrage zwischen dem städtischen Proletariat und den nun zu Millionen zählenden kleinen und mittleren Bauern geworden sei, die ihr neuerworbenes Eigentum um mit Haaren und Nägeln verteidigen werden. In ihren Publikationen wandelt heute — nicht aus Ueberzeugung, sondern aus demagogischen Motiven — jene Weltverbesserer, die mit der Gründung einer zweiten Partei das Bündnis zwischen dem Proletariat und den Bauern zerstören. Wenn die Sinowjew und Kamenew auch endgültig vor dem Proletariat gerichtet sind: dem Leninismus sind sie treu geblieben, und wenn die Anhänger der Fraktion der doppelten Buchführung einer kritischen Untersuchung fähig wären, würden sie die Demagogie ihrer „Führer" leicht durchschauen und feststellen können, daß diese sich eigentlich mit Federn schmücken, die, wären sie echt, wertlos wären; da sie jedoch außerdem noch unecht sind, ihre Träger der Lächerlichkeit preisgeben werden.

Denn mit der Forderung einer zweiten Partei wird der Weg des Kampfes zwischen Industrieproletariat und Landproletariat gegen das besitzende Bauerntum eröffnet. Wohl versucht die Fraktion der „Mitte" auch hier, die „Schuld" der „Stalinisten" zuzuschreiben, indem sie erklärt, daß man ihre „Vorschläge" nicht berücksichtige. Worin bestehen diese Vorschläge? Sie bestehen darin, bei dem Drittel der Bauernwirtschaften, die für die Sowjetmacht eingetreten wollen, Hilfe kommen *) (die anderen zwei Drittel produzieren für den eigenen Bedarf), Zwangsmaßnahmen anzuwenden. Aber es hat sich schon einmal gezeigt, daß die Bauern mit Sabotage antworten, wenn sie an der Berücksichtigung gestört werden und die

Renegaten aus Prinzip

Die neueste Kapitulation der „linken" Stalinisten

Motto: Es lebe die Wurst — Es lebe der Hauswurst!

Sinowjew, Kamenew und „Genossen" haben an das Zentralkomitee der Stalinregierung — wieder einmal — eine Kapitulationserklärung geschickt, in der es heißt:

„Wir trennten uns von der trotzkistischen Gruppe in der Frage der vollständigen tatsächlichen Unterordnung unter die Beschlüsse des 15. Parteitages. Entweder Unterordnung unter alle Forderungen des Parteitages und fester Entschluß, mit der Parteimehrheit zusammenzuarbeiten, oder Einschlagen des Weges der zweiten Partei — so und nicht anders steht die Frage. Wer dies auch heute, nach dem Parteitag, nicht sieht, ist zu immer größeren Fehlern verurteilt.

Unsere entschiedene Weigerung, den Weg der zweiten Partei zu gehen, kann unseren ehemaligen Blockgenossen nicht unerwartet. Bereits am 15. August 1927, nach der Beendigung des August-Plenums des ZK. der KPSU., d. h. also in einem Zeitpunkt, den niemand als einen Zeitpunkt höchsten Druckes gegen die Opposition bezeichnen kann, da das Plenum Trotzki aus der Partei ausschloß, erklärte, nachdem wir an Trotzki einen Brief, in dem wir uns gegen den Weg der zweiten Partei aussprachen, da wir ihn als verderblich erachteten. Heute ist dieses Schreiben, das zur ganzen zweideutigen Fraktionskampf unwiderleglich beweist, daß nicht nur der Weg der zweiten Partei verderblich ist, sondern daß auch die linksgerichtete einer ausgeblockten Fraktion, die sich der Partei in entschiedenen Fragen entgegenstellt, den Gesetzen der Verwirklichung der proletarischen Diktatur widerspricht, und daß infolgedessen die Lebensinteressen der proletarischen Diktatur zweifellos den Verzicht auf einen solchen Kampf verlangen. Die veröffentlichten Dokumente, der trotzkistischen Zentrale außen ganz und gar auf dem Gedanken der Weiterführung des Fraktionskampfes. Man muß blind sein, um nicht zu sehen, daß nach zwei Jahren erbitterten Fraktionskampfes, nachdem dieser Kampf auf die Straße getragen wurde und zum Beschluß des 15. Parteitages, durch die die ganze Opposition aus der Partei ausgeschlossen wurde, führte, die Fortsetzung der Fraktionsarbeit politisch der Bildung einer zweiten Partei gleichkommt. Wir kapitulierten vor der Partei und erachteten dies als den einzig richtigen Ausweg aus dem langen schweren Kampfe.

Die Kraft und die Bedeutung der Sowjetunion für die Arbeiterbewegung der ganzen Welt besteht darin, daß sie die Diktatur des Proletariats verwirklicht, den Sozialismus aufbaut und die Triebkraft der Weltrevolution ist. Darüber zu schweigen oder auch nur einen Hinweis zu beschränken, daß „der Sowjetstaat den Arbeitern und Bauern mehr gibt, als es bürgerliche Staaten geben hätten", bedeutet im besten Falle, die Abrutschen des Bolschewismus zum Standpunkte des „linken" Tradeunionismus", da nur die Purcells imstande sind, an die Sowjetunion diesen „einfachen" Maßstab anzulegen. Würden europäische Kommunisten diesen Ratschlag wirklich beherzigen, so würden sie auf die Stufe wohlwollender „Gäste" einer die Sowjetunion besuchenden sozialdemokratischen oder genossenschaftlichen Delegation herabsinken. Was gibt es „Linkes" an diesem Standpunkte? Ebenso falsch wie schädlich ist die von den Verfassern der Direktiven gegebene Charakteristik der Macht in der Sowjetunion, worin behauptet wird, daß die Partei und der Staat in der Sowjetunion von kleinbürgerlichen Element